Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatl. 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährl. 16,16 Zł., monatl. 5,39 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 8 Zł., Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 R.-Mk. — Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und Sonntags-Nummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einspaltige Reklamezeile 125 Grosch. Danzig 10 bz. 80 Dz. Pf. Deutschland 10 bzw. 70 Goldpfg., übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Posen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847

Nr. 176. Bromberg, Sonnabend den 2. August 1930. 54. Jahrg.

Tschitscherin.

Das große Revirement in der Sowjetdiplomatie.

Von A. Agricola.

Der Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, G. W. Tschitscherin, ist jetzt von seinem bisherigen Stellvertreter Litwinow offiziell abgelöst worden. Tschitscherin, den Graf Brockdorff-Rantzau als einen der bedeutendsten Staatsmänner Europas bezeichnete, hatte sein Amt volle 12 Jahre lang inne. Schon im März 1918 wurde er auf Vorschlag Trotzkis zum Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten ernannt, so daß er seit Jahren der dienstälteste Volkskommissar war. Sein Rücktritt, der jetzt amtlich mitgeteilt wurde, kommt indessen in keiner Weise unerwartet. Denn Tschitscherin war seit über zwei Jahren schwer krank und lebte seither fast ausschließlich in Sanatorien und Krankenhäusern.

Tschitscherin gehörte, wie Lenin, Trotzki und Dsiershinski, zu der Gruppe der Führer, die „nicht Zeit hatten, müde zu sein". 16—17stündiger Arbeitstag war für ihn, wie er selbst so oft sagte, die „normale Arbeitszeit". Daß der an und für sich nicht robuste Körper das auf die Dauer nicht aushalten konnte, leuchtet ein. Tschitscherin fiel der Arbeit zum Opfer wie Lenin, Dsierhinski, Krassin; langsam stirbt die alte Garde aus. Gewiß wird mancher Uneingeweihte in einer Art von Nekrolog von einer „diplomatischen" Krankheit erzählen. Eine solche Auslegung des Rücktrittes entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Die bolschewistische Parteileitung ist sich durchaus darüber klar, daß sie in dem körperlich vollkommen zusammengebrochenen Tschitscherin, der in den verschiedenen Sanatorien und Ländern vergeblich Heilung suchte, ihren größten und überragendsten Diplomaten verliert.

Tschitscherin ist eine besonders interessante Persönlichkeit der Kremlregierung. Er entstammt einer alten adeligen Familie und war früher zaristischer Beamter. Mütterlicherseits ist er mit dem baltischen Adel verwandt und verschwägert. Im Gegensatz zu dem ausgesprochenen Internationalisten Lenin zeigte Tschitscherin trotz seiner scharf linken Einstellung bei Kriegsausbruch durchaus patriotische Gefühle. Erst nach 1917 bekannte er sich endgültig zum Internationalismus.

Eine nicht minder interessante Persönlichkeit ist sein Nachfolger Litwinow. Sein richtiger Name ist Maxim Maximowitsch Wallach, von frühester Jugend an war er ein fanatischer Revolutionär. Gemeinsam mit Stalin war er an einem Kassenraub in Tiflis für revolutionäre Zwecke beteiligt. Von Beruf Kaufmann, wurde Litwinow nach der bolschewistischen Revolution Gesandter in London und Kopenhagen, um anschließend daran ins Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten berufen zu werden, wo er den letzten diplomatischen „Schliff" für die Leitung der Außenpolitik der Räteunion von Tschitscherin erhielt.

Ebenso wenig unerwartet wie der Rücktritt Tschitscherins kommt die Versetzung des Botschafters Krestinski von Berlin nach Moskau. Das erst jetzt erfolgte Revirement war im Kreml schon seit Jahresfrist beschlossene Sache. Es ist anzunehmen, daß damals die Stellenumbesetzung nur deshalb nicht vollzogen wurde, weil verschiedene führende Blätter im Auslande von angeblich scharfen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Politbureau und Tschitscherin zu berichten wußten. Mit dem Hinausschieben des Revirements sollten diese tatsächlich unrichtigen Meldungen widerlegt werden. Auch hoffte man vielleicht immer noch auf eine Wiederherstellung Tschitscherins. Der als erster stellvertretender Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten nach Moskau versetzte Botschafter Nikolai Krestinski gehört fraglos zu den fähigsten Köpfen des bolschewistischen Regimes. Auch er ist wie Tschitscherin, Litwinow und Karachan, wie die meisten höchsten bolschewistischen Politiker, nichtproletarischer Abstammung. Krestinski ist aus dem Anwaltsstand hervorgegangen; bevor er als Botschafter nach Berlin geschickt wurde, war er Volkskommissar für Finanzen.

Im Zusammenhang mit diesen Personalveränderungen in der Leitung der Außenpolitik der Räteunion tauchten auch Meldungen über eine Versetzung Rykows nach Berlin auf. Diese Version ist durchaus nicht neu; denn man scheint im Kreml schon seit längerer Zeit die Verwendung Rykows im Auslande zu beabsichtigen; ob man ihn aber auf den für die Sowjetdiplomatie so wichtigen Berliner Posten versetzen wird, ist doch sehr fraglich. Rykow hat im Verlauf der letzten Zeit wiederholt mit der sogenannten rechten Opposition stark geliebäugelt und sich deswegen schon zweimal, zuletzt auf der kürzlich abgeschlossenen 16. Parteikonferenz, öffentlich „entschuldigen" müssen.

Aber ganz abgesehen davon dürfte wohl das Politbureau sich für eine andere, diesem Posten gewachsenere Persönlichkeit entschließen, wenn auch die Auswahl nicht gerade groß ist. Der geeigneteste Nachfolger für Krestinski wäre wohl der Londoner Botschafter Sokolnikow; doch erscheint es auch hier noch fraglich, ob man ihn so kurz vor Beginn der entscheidenden englisch-bolschewistischen Verhandlungen zur Regulierung der Schulden nach Berlin versetzen kann.

In den westeuropäischen parlamentarischen Staaten sind hohe Personalveränderungen in der Diplomatie, besonders der Wechsel eines Außenministers, ein wichtiger politischer Akt, aus dem man allerhand Schlußfolgerungen zieht, oft einen Kurswechsel erwartet. In der Räteunion liegen die Dinge anders. Die Richtlinien der Außenpolitik werden von dem Politbureau festgelegt. Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten ist daher in der Hauptsache zur Ausführung dieser Richtlinien berufen, wenn er auch, wie Tschitscherin und Litwinow, nicht unbeträchtliche Bewegungsfreiheit und Einfluß auf das Politbureau in diesen Fragen hat.

Von einem neuen Kurs in der russischen Außenpolitik kann aber schon aus dem Grunde nicht die Rede sein, weil Litwinow das Außenkommissariat de facto schon seit 2 Jahren leitete und der kranke Tschitscherin von den Sanatorien aus kaum mehr Einfluß auf die Außenpolitik hatte.

Gemeinsame Front der Regierungsparteien.

Aber keine einheitliche Regierungspartei.

Die von der Deutschen Volkspartei angeregte Besprechung zwischen den Vertretern einer Reihe bürgerlicher Gruppen über die Möglichkeiten eines künftigen Zusammenwirkens im Wahlkampf ergab **keine Möglichkeit für die Zusammenfassung in einer großen Einheitspartei**, wohl aber Ansätze für eine gemeinsame Wahlfront und für eine gemeinsame Arbeit auch im neuen Parlament. Der „D. A. Z." entnehmen wir darüber folgenden Verhandlungsbericht:

An der Besprechung nahmen Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, der Konservativen Volkspartei und der neugegründeten „Staatspartei" teil. Dr. Scholz entwickelte die Gesichtspunkte, die ihn zu seiner Einladung an diese Gruppen bewogen haben: diese Gruppen hätten bereits durch Unterstützung des Kabinetts Brüning im letzten Reichstag an dem Sanierungsprogramm, das jetzt fortgesetzt werden soll, teilgenommen. Sie müßten deshalb zur Verteidigung dieses Programms eine gemeinsame Front bilden, die sich gleichzeitig gegen die staatszerstörenden Elemente richte. Innerhalb der staatserhaltenden Gruppen müsse ein bürgerlicher Block geschaffen werden, der eine Art Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie darstelle. Bei dieser Wahl müsse alles daran gesetzt werden, eine Mehrheit der staatserhaltenden Elemente zu erreichen. Dazu sei besonders die Heranziehung der Nichtwähler erforderlich. Dies alles dränge, so meint Dr. Scholz, zu einer möglichst starken Zusammenfassung der staatserhaltenden Elemente und auch der bürgerlichen Parteien.

Dr. Scholz richtete zunächst einen Appell an die anwesenden Parteivertreter, sich möglichst zu einer einheitlichen Partei zusammenzuschließen. Er erklärte selbst die Bereitschaft seiner eigenen Partei und fragte die übrigen Gruppen, ob diese Bereitschaft auch bei ihnen vorhanden sei. Es stellte sich heraus, daß eine Fusion bei den übrigen Gruppen als unzweckmäßig aufgefaßt wird.

Nunmehr schlug Dr. Scholz vor, im Wahlkampf und in der parlamentarischen Arbeit der Zukunft einen geschlossenen Block zu bilden. Wenn schon kein Zusammenschluß zu einer einheitlichen Partei möglich sei, so müsse wenigstens ein gemeinsamer Wahlaufruf und eine Sicherung des Zusammengehens im nächsten Reichstag geschaffen werden.

Diese Vorschläge fanden weitgehende Zustimmung. Es wurde beschlossen, eine Unterkommission einzusetzen, die schon am Donnerstag zusammentreten soll, um einen Entwurf für den gemeinsamen Aufruf auszuarbeiten. Im übrigen gehen die Verhandlungen weiter. Sie werden auf volksparteilicher Seite als durchaus erfolgversprechend angesehen.

Der gemeinsame Aufruf soll die Übereinstimmung in den politischen Anschauungen der beteiligten Parteien und den Willen zu künftiger Gemeinschaftsarbeit verkünden. Er soll ausgehen von dem Bekenntnis, das Sanierungsprogramm der Regierung Brüning zu unterstützen.

*

Erkelenz wird Sozialdemokrat.

Der bisherige demokratische Abgeordnete Anton Erkelenz, der an der entscheidenden Abstimmung vor der Auflösung des Reichstages nicht teilgenommen hat, erklärt jetzt seinen Übertritt zur Sozialdemokratischen Partei.

Er begründet seinen Entschluß in einem Brief an seinen bisherigen Vorstandskollegen in der Demokratischen Partei, Erich Koch-Weser, mit der Beteiligung der Demokraten an der Regierung Brüning, in der „die demokratische Fraktion die Gefangene aller reaktionären Wünsche der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und des Landbundes" geworden sei. Erkelenz weist darauf hin, daß ein nervöser Erschöpfungszustand infolge langjähriger Überarbeitung seine Tätigkeit in den beiden letzten Jahren wesentlich behindert habe, so daß er nicht in der Lage gewesen sei, die Entwicklung der Partei in seinem Sinne zu beeinflussen. **Er beruft sich auch auf Friedrich Naumann, der in den Jahren 1903 und 1918 selbst vor dem Entschluß gestanden** habe, zur Sozialdemokratie überzutreten. Erkelenz schließt sein Schreiben mit der Versicherung, daß ihm die Jahre gemeinsamer Arbeit „stets eine Quelle interessanter Erinnerungen" bleiben werden.

Ablehnung der preußischen Osthilfe.

Die Reichsregierung hat den Wunsch der Preußischen Regierung, 50 Millionen zur Ingangsetzung der Osthilfe über die Preußenkasse zur Verfügung zu stellen, abgelehnt. Die Reichsregierung hatte bereits Verhandlungen mit der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt über die Bereitstellung eines 50-Millionenkredites zu günstigeren Bedingungen und ohne zeitliche Begrenzung abgeschlossen. Außerdem sind noch Verhandlungen mit der Reichskreditgesellschaft im Gange.

Die in den letzten Wochen unter Führung des Reichsernährungsministeriums mit den sonstigen zuständigen Stellen, insbesondere auch den preußischen Ressorts und den beteiligten Banken geführten Verhandlungen haben zum Ergebnis gehabt, daß auch die organisatorischen Maßnahmen zur Abhilfe soweit vorbereitet sind, daß sie alsbald in Wirksamkeit gesetzt werden können.

Wie von der Reichsregierung betont wird, muß sich das Reich, das den Hauptteil der Verantwortung trägt, natürlich auch bei der Durchführung der Osthilfe die Führung und den ausreichenden Einfluß sichern. Leider werde dieses nach den Erfahrungen, insbesondere auch der letzten Zeit, nicht ganz reibungslos gehen, da aus Ressort- und sonstigen partikularistischen Gründen besonders von Preußen her immer wieder versucht werde, den führenden Einfluß der Reichsregierung einzuschränken.

Weiteste Kreise der Bevölkerung, namentlich im deutschen Osten, wünschten aber, daß die Reichsregierung sich die gebotene Führung nicht aus der Hand nehmen lasse.

Auflösung des Braunschweiger Landtags.

Der Braunschweigische Landtag nahm in seiner Donnerstag-Sitzung einen Initiativantrag der DVP und SPD an, wonach der Landtag, der im Navember 1927 auf drei Jahre gewählt wurde, vorzeitig aufgelöst und die Neuwahl zusammen mit den Reichstagswahlen auf den 14. September festgelegt wird. Beide Anträge wurden einstimmig angenommen. Der neue Landtag wird auf Grund eines bereits früher gefaßten Beschlusses statt 48 nur 40 Abgeordnete haben.

Der Braunschweigische Landtag sollte eigentlich erst im Dezember neugewählt werden.

Im alten Landtag saßen 24 SPD, 2 KPD, 5 Deutschnationale, 8 DVP, 2 Demokraten, 4 Wirtschaftsparteiler, 2 Welfen und 1 Nationalsozialist. Die Sozialdemokraten hatten also genau die Hälfte aller Sitze inne.

Nebukadnezar.

Der Schutzpatron der polnischen Verdrängungspolitik.

Im Lemberger **„Kurjer Poranny"** hat unlängst Professor **Stanisław Grabski**, der frühere nationaldemokratische Kultusminister, eine Artikel-Serie veröffentlicht, die sich mit der polnischen Politik in den Ostgebieten befaßt, und für die Lösung des ukrainischen und weißrussischen Problems auf Grund der bekannten nationaldemokratischen Ideologie Propaganda macht. Den Vorschlägen und Schlußfolgerungen des Verfassers, die besonders mit Bezugnahme auf die **„Abwanderung" von 800 000 Deutschen aus Polen** höchst beachtlich sind, tritt nun der jüdische **„Nasz Przegląd"** in einem längeren wohldurchdachten Artikel entgegen, in dem es u. a. heißt:

Sollte man es für möglich halten, daß sich im 20. Jahrhundert ein ernsthafter Staatsmann finden würde, der die Politik Nebukadnezars, des Königs von Babylon, empfiehlt, welcher fünf Jahrhunderte vor der christlichen Aera gelebt hat? Und doch ist es so. Der Nachahmer des grausamen babylonischen Tyrannen ist in Polen Professor Stanisław Grabski, der ehemalige Kultusminister, Historiker und Volkswirtschaftler, der Hauptideologe und Führer der Nationaldemokratie. Die Politik Nebukadnezars war einfach bis zur Genialität. Er wollte einen großen Nationalstaat aus verschiedenen Völkern schaffen, die früher einen eigenen Staat besaßen, und er wollte dies mit Hilfe der Unterjochung durchführen.

> **Damit aber die unterjochten Völker nicht einen Aufruhr inszenierten, vertrieb er einen Teil der Bevölkerung, besonders den politisch aufgeklärten, mit den Priestern und den Ältesten des Volkes an der Spitze, aus ihrem Vaterlande und den Rest des „Gesindels" „assimilierte" er schon ohne Schwierigkeit.**

So war es z. B. nach der Befreiung von Judaea. Der König von Judaea und hervorragende Bürger wurden hingerichtet und 12 000 andere aufgeklärte Bewohner wurden

in die Gefangenschaft geschleppt. Auf diese Weise wollte Nebukadnezar aus einem Staat mit mehreren Völkern einen Nationalstaat machen. Ob diese „staatliche Assimilation“ eine Folge der „nationalen Assimilation“ war, kann aus der Geschichte nicht festgestellt werden.

Dagegen wissen wir aus der Legende, daß der Herrgott als Strafe für diesen tierischen Assimilationsgedanken den weisen König in einen dummen Stier verwandelt hat, der mit einem Male zu brüllen und zu grasen anfing.

Gerade diesen königlichen Stier will Herr Grabski nachahmen. Das schwierige Problem möchte er durch eine einfache Methode lösen. Polen besitzt außer dem echtpolnischen Zentrum riesige fremdstämmige Gebiete, in denen die Ukrainer und Weißrussen eine überwiegende Mehrheit bilden. Die polnischen Fortschrittler empfehlen nun, diesen Minderheiten kulturell-nationale Rechte zu gewähren; dann würden sie mit den Polen verträglich zusammenleben, da ein moderner Staat sich nicht unbedingt aus einer Nationalität zusammensetzen müsse. Die Nationalisten aber negieren überhaupt die Existenz dieser Fremdstämmigen und meinen, daß dies einfach „kleine“ und „weiße“ Polen seien, daß ihre „Frage“ aber eine deutsch-bolschewistische Intrige (!!) sei. Herr Grabski aber ist weder mit dem einen, noch mit dem anderen einverstanden. Nach ihm sind die Weißrussen und besonders die Ukrainer national sehr aufgeklärt und noch größere Patrioten, als die Polen. Der Ukrainer sei bereit, noch mehr zu bezahlen, um nur die ukrainische Genossenschaft auf polnischen Trümmern zu festigen. Die ukrainische Geistlichkeit sei verheiratet und könne somit nationalen Fragen gegenüber nicht gleichgültig sein; denn durch die Familie sei sie fest mit ihrem Volke verbunden. (Sind die unverheirateten polnisch-katholischen Geistlichen etwa nationalen Fragen gegenüber gleichgültig? D. R.) Mit einem Worte: freiwillig werden sich die Ukrainer nicht entnationalisieren lassen. Was also tun? Soll man ihnen das ganze Gebiet, in dem sie die Mehrheit bilden, schenken? So müßte es eigentlich nach der Meinung Grabskis logischerweise geschehen. Doch der nationaldemokratische Führer ist kein ukrainischer Irredentist.

Er will also dieses Land nicht allein für den Polnischen Staat, sondern für das polnische Volk integral und gründlich nach der Methode des königlichen Stiers erobern.

Zu diesem Zwecke entwickelt er eine sehr verwickelte und halsbrecherische Theorie. Nach dem Kriege hätten wir nur Nationalstaaten (das ist sehr falsch gesehen. Wir haben jetzt mehr Nationalitätenstaaten als früher. Zum Beispiel: Polen! D. R.), und im Rahmen dieser Staaten gebe es keine wirkliche staatliche Assimilation ohne die nationale Assimilation. Wie soll man aber diejenigen assimilieren, die man nicht assimilieren kann. **Einfach mit Hilfe** der

Vertreibung aus ihrem eigenen Lande und der Ersetzung durch Polen.

Herr Grabski will die ehemaligen Hakatisten bedeutend überholen. **(Diese haben zwar Deutsche ins Land gezogen, aber keine Polen vertrieben!)** Bismarck erkannte immerhin — wie Grabski selbst zugibt — grundsätzlich einen imperialistischen Staat mit mehreren Völkern an und gab sich nicht der Täuschung darüber hin, daß er die Polen zahlenmäßig übertreffen werde. (In Westpreußen und im Netzegau hatten die Deutschen bis zum Einsetzen der polnischen Verdrängungspolitik eine Mehrheit! D. R.) Herr Grabski aber hat einen weit größeren Appetit. Die Hauptaufgabe der polnischen Politik darf nach seiner Ansicht nicht darin bestehen, durch solche oder andere Zugeständnisse die nichtpolnischen Nationalitäten für sich zu gewinnen, sondern ihnen gegenüber das zivilisatorische, wirtschaftliche, politische und wo es geht auch das zahlenmäßige Übergewicht des polnischen Elements zu stärken. Herr Grabski ist nicht so naiv, daß er nicht wüßte, daß die Ostgebiete nicht elastisch sind, weder in territorialer Hinsicht, noch, was noch mehr ins Gewicht fällt, in wirtschaftlicher Beziehung. Er wird auch jedenfalls wissen, daß es sich hier nicht um asiatisch-afrikanische Gebiete handelt, die man auf brachen Flächen durch das herrschende Volk kolonisieren kann,

indem man die Einheimischen zu Sklaven macht.

Einen jeden vertriebenen Fremdstämmigen wird man also irgend wohin verschicken, ihn irgendwie beschäftigen müssen. Die Russen und Deutschen, die diese Politik gegenüber den Polen in geringerem Maße in Anwendung brachten, haben den verdrängten Polen Beschäftigung in anderen Teilen des Staates geben müssen. Sogar Nebukadnezar selbst hat die fremdstämmige Bevölkerung nicht allein vertrieben, sondern irgend wohin entführt. Im Zentrum Polens aber gibt es keinen Platz für die Einwanderung aus den Ostgebieten, und die Bewohner der Ostgebiete sind auch zur wirksamen Konkurrenz mit der zentralen Bevölkerung nicht vorbereitet. Andere Länder stehen jetzt ebenfalls nicht offen für fremde Ankömmlinge. (Nach Deutschland hinaus hat man bereits 800 000 Deutsche abgefertigt! D. R.)

Er dürfte somit nur noch die Verringerung der Zahl der Fremdstämmigen mit Hilfe ihrer massenweisen Ermordung übrig bleiben.

Zu einem solchen absurden Schluß kommt ein Mann, der sich nicht schämt, im 20. Jahrhundert die babylonischen Methoden nachzuäffen. Es handelt sich weniger um die Moral. Nehmen wir für den Augenblick an, daß es, wie sich Herr Grabski so schön ausdrückt, keine Schande ist, von den Feinden das zu lernen, wodurch sie über uns die Oberhand haben, d. h., daß man mit den Ukrainern so grausam und eigentlich noch grausamer verfahren soll, als es die Hakatisten mit den Polen gemacht haben. (Die „Hakatisten“ haben keinen Polen über die Grenze gedrängt, was jetzt die Polen mit den Deutschen in heuchlerischer „Wiedergutmachung“ vielhunderttausendmal durch physischen und psychischen Zwang getan haben. D. R.) Doch gleich sagt Herr Grabski selbst: „Wir sind der uns entnationalisierenden preußischen Politik in Großpolen und in Pommerellen nicht unterlegen, **da wir dort von den Deutschen eine gute Wirtschaft und eine ausdauernde Organisation der Arbeit gelernt haben.**“ Und kann dasselbe Kunststück nicht auch von den Ukrainern vollbracht werden, deren patriotische Energie doch Herr Grabski selbst bewundert? Mit einem Worte: die babylonische Politik des Autors wird durch den Turm zu Babel des Widerspruchs in seinem eigenen Artikel umgeworfen. Man muß ein wahnsinniger Mensch sein, um eine solche Politik gedankenloser Grausamkeit für Polen zu empfehlen,

Der Acker spricht!

Von August Winnig.

Der frühere Oberpräsident der Provinz Ostpreußen und Reichskommissar, August Winnig, von Haus ein Sozialist, der zum Mitbegründer der Altsozialisten wurde, schreibt in verschiedenen reichsdeutschen Zeitungen folgenden lesenswerten Aufsatz:

Je mehr eine Kultur zur Zivilisation wird, je mehr die Länder verstädtern, um so schwieriger wird die Lage der Ackerbauern. Es ereignet sich etwas, das ökonomisch nicht zu begründen ist. Der Ackerbauer kann für seine Erzeugnisse keinen gerechten Preis mehr erzielen und verfällt der Verarmung. Nach den Wirtschaftstheorien müßte das Gegenteil eintreten. Mit fortschreitender Verstädterung wächst die Zahl der vom Acker zehrenden Menschen schneller als die Zahl der ackerbautreibenden. Zugleich wachsen die Ansprüche, die der Zivilisationsmensch an seine Ernährung stellt. Danach müßte die Arbeit des Ackerbauers einen höheren Wert erhalten, und dieser höhere Wert müßte in den Preisen der Ackererzeugnisse seinen Ausdruck finden. Das geschieht aber nicht, sondern es geschieht etwas anderes. Der Bauer wird einer rücksichtslosen Ausbeutung unterworfen, die sich bis zur Vernichtung seiner Daseinsbedingungen steigern kann.

Dieser Vorgang spottet, wie gesagt, jeder vernünftigen Begründung und Erklärung. Denn indem die verstädterte Gesellschaft den Ackerbauer vernichtet, bereitet sie ihr eigenes Ende vor. Sie lebt buchstäblich vom Blute und Schweiße des Ackervolkes. Die verstädterte Gesellschaft wird immer unfruchtbarer. Den Nachwuchs holt sie vom Lande. Sie holt ihn zwar nicht gewaltsam, aber sie lockt ihn an sich, indem sie die Reize und Bequemlichkeiten der Zivilisation gegen die Härte und Dürftigkeit des Landlebens ausspielt. Sie entvölkert das Land, und daran geht sie zuletzt selbst zugrunde. Das ist das Verhängnis der Zivilisation.

Wir sehen zwar, wie sich das vollzieht. In den Städten ballt sich der Reichtum und die politische Macht. Die Instinkte der Masse und des Geldes beherrschen das Leben der Stadt, und die Stadt beherrscht das Land. Die Stadt regiert, und da sie den Instinkten der Masse und des Geldes gehorcht, muß es zur Ausbeutung des Ackerbauers kommen. Die Masse will die Erzeugnisse des Ackers billig haben. Es gibt keine untere Grenze der Preise, die da respektiert würde. Infolgedessen begünstigt die Regierung die Einfuhr von Lebensmitteln, die, weil sie unter andern Bedingungen erzeugt sind, die Preise der heimischen Erzeugnisse unterbieten und herabdrücken. Ist der Ackerbauer auf diese Weise in Not geraten, muß er zur Erhaltung seines Betriebes Geld borgen, so beginnt die zweite Stufe der Ausbeutung. Das Geld will hohe Rente. Der Ackerbauer muß Wucherzinsen zahlen. Er ist wehrlos und muß tragen, was die Politik der verstädterten Gesellschaft ihm auferlegt. Er muß auch dulden, daß man ihn steuerlich über seine Kraft hinaus belastet. Die Steuereintreiber holen ihm die Kuh aus dem Stall, das Pferd vom Pfluge; und während der Staat hier die Kräfte des Landes zerstört, um zu seinen Steuern zu kommen, baut man in den Städten für das eingetriebene Geld Sportplätze, Messehallen, Badeanstalten, Schul- und Verwaltungspaläste.

Das ist, selbst mit den Gedanken der Zivilisation bedacht, töricht und widersinnig, aber es ist der Weg der Zivilisation, den sie immer wieder gegangen ist, und der überall in den großen Untergang führte, wo nicht das Bauerntum die Kraft fand, sich gegen die verstädterte Gesellschaft zu erheben und ihr die Macht über den Staat zu entwinden.

Jede Zivilisation hatte ihre große „Agrarkrisis“, die immer in den Instinkten der Masse und des Geldes ihren Grund hatte.

Die Agrarkrisis Europas kündigte sich schon vor drei Menschenaltern an. Die Theorie der fallenden Grundrente war der erste Versuch, den Niedergang der Landwirtschaft innerhalb einer aufblühenden Volkswirtschaft wissenschaftlich zu erklären. Schon vor dreißig Jahren gab es die ersten Ansätze zur Bildung einer „grünen Front“, in der sich die Ackerbauer zur Wehr zu setzen versuchten. Wie der Krieg, seinem Ausgange entsprechend allgemein den Instinkten der Zivilisation den Weg geebnet hat, so hat er auch der Ausbeutung des Ackerbauers zugunsten der verstädterten Gesellschaft das Wirkungsfeld erweitert. Er hat das allgemein getan.

Die Verarmung der Ackerbauer ist heute für das ganze Gebiet der abendländischen Zivilisation kennzeichnend.

Ob im reichen Amerika oder im verwüsteten Rußland, ob im besiegten Deutschland oder im siegreichen Frankreich: der Ackerbauer ist überall einer Ausbeutung unterworfen, die sein wirtschaftliches Dasein bedroht. Selbst in Ländern wie Dänemark, wo der Ackerbauer durch Ausnutzung günstiger Ausnahmebedingungen noch vor zehn Jahren gesichert schien, ist heute seine Verarmung im Gange.

In Deutschland stehen die Dinge besonders schlimm. Die alte Führerschicht hatte noch den Acker im Blute und leistete den Instinkten der Zivilisation einen gewissen Widerstand. Das war der tiefste Grund des Vorwurfs, daß sie „reaktionär“ sei. Die deutsche Opposition in der kaiserlichen Zeit nährte sich aus den Instinkten der städtischen Zivilisationsmenschen und war darum ackerfeindlich. Sie hat in jahrzehntelanger Arbeit, wobei sie sich sowohl der Wissenschaft wie der Demagogie bediente, den Träger des Ackerbaues zum Feind des Volkswohls gestempelt. Nachdem diese Opposition an die Stelle der alten Führung getreten ist, haben die Instinkte der verstädterten Gesellschaft die volle Herrschaft über den Staat gewonnen. Jetzt zwar dämmert es hier und dort, man ahnt das Unheil und möchte es abwenden. Aber man hat dabei die Masse, die man so lange gegen den Ackerbauer aufgehetzt hat, gegen sich und muß auf sie Rücksicht nehmen.

Was sich kürzlich in Finnland abgespielt hat und was in den baltischen Bauernländern und in Schweden zur Nachahmung reizt, ist nur dem Vordergrunde nach ein Kampf gegen den Bolschewismus. Dem inneren Wesen nach ist es **die Erhebung des Bauern gegen den ackerfeindlichen Geist der Zivilisation,** von dem er sich in den Wurzeln seines Daseins bedroht weiß. Allerdings ist die vom Bolschewismus ergriffene städtische Proletariermasse das Erzeugnis der Zivilisation und die Voraussetzung ihrer politischen Macht. Die Furcht vor dem Bolschewismus ist die Kraftquelle, aus der sich die Politik der verstädterten Gesellschaft nährt. Wenn der Bauer den Bolschewismus bezwingt, so zerschlägt er zugleich die politische Herrschaft der ackerfeindlichen Stadt über das Land. Darum trifft die Tat der Lappobauern wirklich den Kern der Aufgabe.

Wo sich der Bauer gegen das heutige politische System erhebt, ist er

der Kämpfer gegen das Verhängnis,

das dem Ganzen aus der politischen Herrschaft der verstädterten Masse droht. Von dieser Einsicht trennt uns leider noch sehr viel.

Neue Verhandlungen Berlin—Warschau.

Abstellung der Grenzüberfliegungen.

Berlin, 1. August. Die Verhandlungen, die zwischen der Deutschen und der Polnischen Regierung wegen der wiederholten Überfliegung der deutschen Grenze durch polnische Militärflugzeuge seit einiger Zeit geführt werden, stehen jetzt vor dem Abschluß.

Der Protest der Deutschen Regierung stützte sich darauf, daß auch in letzter Zeit noch wiederholte Überfliegungen der deutschen Grenze stattgefunden haben. Im Monat Juli ist auf deutscher Seite festgestellt worden, daß sechsmal polnische Militärflugzeuge die deutsche Grenze überflogen. Es handelte sich dabei allerdings nur um geringe Grenzüberfliegungen von zweihundert Metern bis zu höchstens einigen Kilometern. Deutscherseits wird, der „Voss. Ztg.“ zufolge, angenommen, daß diese Überfliegungen zum Teil darauf zurückzuführen seien, daß die polnischen Militärflieger einen gewissen Ehrgeiz daran setzen, so dicht wie möglich an die deutsche Grenze heranzufliegen, so daß dann bei der Unübersichtlichkeit der Grenzverhältnisse im Osten leicht Grenzverletzungen vorkommen können.

Die Polnische Regierung hat auf die Proteste hin ebenso wie früher genaue Prüfung und Maßnahmen in den Fällen zugesagt, in denen einwandfrei deutsche Grenzverletzungen nachgewiesen werden. **Man will zu Maßnahmen kommen, die ein- für allemal solchen Zwischenfällen vorbeugen können. Über diese Maßnahmen wird noch zwischen den Regierungen verhandelt.**

Neuer Aufstand in China.

Peking, 29. Juli. Im Tal des Yangtse-Flusses ist, nachdem von dort durch die Zentralregierung die Truppen zurückgezogen worden waren, ein Aufstand auf breiter Basis ausgebrochen. Nantschang, die Hauptstadt der Provinz Tiangsi, befindet sich in den Händen der Aufständischen, auch Hunan, die Hauptstadt der Provinz Yengtse, wurde von den Aufständischen besetzt. Brennend, raubend und mordend ziehen die Scharen der Aufständischen durch die besetzten Gebiete. Hunderte von Bauern und wohlhabenden Bürgern sind ihnen bereits zum Opfer gefallen.

Die im Hafen stehenden amerikanischen Kanonenboote nehmen die amerikanischen Staatsangehörigen, die in den bedrohten Städten ihren Wohnsitz haben, an Bord. Gleichzeitig wurden die sich in der Sommerfrische in Kuling aufhaltenden Europäer von der ihnen drohenden Gefahr benachrichtigt. Es handelt sich darum, ihnen die Flucht zu ermöglichen, bevor sich die Aufständischen der Stadt bemächtigen. Wie es scheint, besteht keine Verständigung zwischen der Aufständischenbewegung und den nördlichen Generälen.

*

Der Kommunistenaufstand in Mittel-China hat sich weiter ausgebreitet, so daß auch Hankau bereits bedroht ist.

Türkisch-persische Grenzkämpfe.

Angora, 30. Juli. Die Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts zwischen der Türkei und Persien tritt immer deutlicher in die Erscheinung. Die Grenzkämpfe zwischen Truppen und den Kurden dauern an. Der türkische Ministerpräsident Ismed Pascha beschuldigte in einer seiner öffentlich gehaltenen Reden die Persische Regierung, daß sie die Initiatorin der Bewegung der Kurden sei.

Die Rede machte großen Eindruck. Der während der Rede anwesende Außenminister Restu Bey sowie der Kriegsminister Abdul Chalik versuchten den Ministerpräsidenten zu unterbrechen, was ihnen jedoch nicht gelang.

Aus anderen Ländern.

Partei von Jung-England.

Der Chefredakteur der „Daily Mail“, Ward Price, der gegenwärtig in Budapest weilt, äußerte sich im „Pesti Naplo“ über eine neue politische Aktion Esmond Harmsworths, des Sohnes Lord Rothermeres. Harmsworth, der vor anderthalb Jahren aus der konservativen Partei ausgetreten ist, wird demnächst die Partei von Jung-England gründen, die Partei der jungen Männer unter fünfunddreißig Jahren. Harmsworth ist der Meinung, daß ausschließlich die jungen Männer Englands berufen und imstande seien, durch Bereitstellung frischer Kräfte das Vaterland aus der Wirtschaftskrise zu retten.

Luftmanöver bei Metz wegen der Lähmungsseuche abgesagt.

Paris, 1. August. (Eigene Drahtmeldung.) Angesichts der immer weiteren Ausbreitung der Lähmungsseuche in Elsaß-Lothringen hat das französische Kriegsministerium die für Mitte August beabsichtigten großen Luftmanöver, an denen drei Fliegerabwehrregimenter und mehrere Geschwader von Bombenflugzeugen teilnehmen sollten, abgesagt. Auch die Einberufung der Reservisten nach Mülhausen und nach Metz wurde auf unbestimmte Zeit verschoben.

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 176.

Bromberg, Sonnabend den 2. August 1930.

Pommerellen.

1. August.

Graudenz (Grudziądz).

× **Wechsel in der Leitung des hiesigen Starostwo Grodzkie.** Der einstweilige Burgstarost in Graudenz Paciorkowski ist zum Wojewodschaftsrat beim Wojewodschaftsamt in Thorn ernannt worden. An seiner Statt übernimmt der Referendar im Kreisstarostwo Schwetz Montwill die Leitung des Graudenzer Burgstarostwos. *

× **Submission.** Das staatliche Hochbauamt in Graudenz schreibt die Herstellung einer neuen Dachkonstruktion auf dem Viehstall Nr. 9 des Staatsgutes Gr. Tarpen (W. Tarpno) aus. Offertenblanketts werden gegen eine Gebühr von 1,50 Złoty ausgegeben. Den Bewerbungen ist eine Quittung der Kasa Skarbowa über eine bei ihr eingezahlte Bürgschaft von 5 Prozent der Offertensumme beizufügen. Verschlossene und versiegelte Offerten müssen bis zum 9. August, mittags 12 Uhr, zu welcher Zeit die Öffnung der Bewerbungen erfolgt, eingereicht werden. Nähere Einzelheiten erteilt das Vergebungsamt, Altestraße (Stara) 1, während der Dienststunden von 8—15 Uhr. *

× **Verkauf der Apfelernte an den Graudenzer Kreischausseen.** Der Kreisausschuß des Landkreises Graudenz verkauft am 6. August, **mittags 12 Uhr**, im Bureau der Kreiswegeverwaltung (Starostwo, Zimmer 12) im Wege des Meistgebots den Ertrag der Apfelbäume an den Chausseen. Die Früchte können auf nachstehenden Chausseen besichtigt werden: Wiedersee (Wydrzno)—Kl. Nogat (Nogacik), Wiedersee (Wydrzno)—Schönwalde (Szynwałd), Schönau (Szenowo)—Schwenten (Święte), Rehden (Radzyn)—Dorf Rehden (Radzyn wieś), Rehden (Radzyn)—Goßlershausen (Jablonowo), Rehwalde (Rywałd)—Gr. Leistenau (Lisnowo), Gr. Leistenau (Lisnowo)—Scharnhorst (Szarnoś), Dorf Schwetz (Świecie)—Buk, Linarczyk-Weburg (Wiewiórki), Debenz (Dembiniec)—Sellnowo (Zielnowo) und Lessen (Łasin)—Bogdanken (Bogdanki). Die Verkaufsbedingungen werden im Termin bekanntgegeben. *

× **Straßenunfälle.** In der Culmerstraße (Chełmińska) wurde am Mittwoch vormittag die in der gleichen Straße (Nr. 84) wohnende Frau Marja Badziąg, die beim Überschreiten des Straßendammes wohl nicht auf die Warnungssignale eines Straßenbahnwagens geachtet hatte, von dem Wagen angestoßen, wobei Frau B. auf das Pflaster fiel und eine zum Glück nicht allzu erhebliche Kopfverletzung erlitt. Man schaffte die Verunglückte ins Krankenhaus. — Von einem Milchwagen aus Bratwin, Kreis Schwetz, wurde am Mittwoch der 28jährige Bazyli Kitowski, wohnhaft Courbierestraße (Kościuszki), in der Culmerstraße (Chełmińska)—Ecke Laskowitzerstraße (Laskowicka) angefahren. K. trug bei dem Vorfalle einige, erfreulicherweise leichtere Verwundungen an Gesicht und Kopf davon. *

× **Eventuelle Einsprüche gegen ein neues industrielles Unternehmen.** Der Magistrat (Bauamt) bringt zur öffentlichen Kenntnis, daß die Firma „Grudziądzka Fabryka Luster i Szlifernia Szkła", Inhaber: Lucjan Czerwiński und Roman Szymanderski, die Einrichtung einer Spiegelfabrik und Glasschleiferei auf dem Grundstück Rehdenerstraße (M. Focha) 2 beabsichtigt. Pläne und Beschreibungen sind im Rathaus, Zimmer 216, für die Zeit von acht Tagen zur Einsicht ausgelegt. Etwaige Einsprüche müssen ebenfalls innerhalb acht Tagen beim städtischen Bauamt erhoben werden. *

× **Diebstähle.** Laut letztem Polizeibericht sind Alexander Mięczkowski, Langestraße (Długa) 24, aus dem Garten des Hauses Lindenstraße (Lizowa) 65 eine Anzahl Bretter im Werte von 200 Złoty, ferner Jan Szypiński, Herrenstraße (Pańska) 17, Kleidungsstücke (Anzug und Hemden) im Werte von 170 Złoty entwendet worden. *

Thorn (Toruń).

v. **Das Thorner Standesamt** registrierte in der Woche vom 20.—26. Juli d. J. 24 eheliche Geburten (12 Knaben und 12 Mädchen), 6 uneheliche Geburten (3 Knaben und 3 Mädchen) und die Totgeburten von 2 Mädchen. Die Zahl der Sterbefälle betrug 13, hierunter 5 Kinder unter einem Jahr. In demselben Zeitraum wurden 3 Eheschließungen vollzogen. **

v. **5000 Typhus-Schutzimpfungen.** Dank der energischen Bekämpfung der Typhusepidemie durch die zuständigen Behörden besteht keine weitere Gefahr mehr. Die amtlich angegebene Zahl der Typhuserkrankten hat inzwischen eine Abnahme um 6 Personen erfahren, da bei diesen Erkrankten keine Typhusbazillen festgestellt werden konnten. Insgesamt haben sich rund 5000 Personen beim Magistrat und in den Krankenhäusern einer Schutzimpfung unterzogen. **

v. **Aus dem Gerichtssaal.** Wegen Schweinediebstahls zum Schaden des Landwirts Drągowski in Ostrowit waren angeklagt: Zalewski, Cyrankowski und Józef Bocianowski, alle wohnhaft in Nowogrod, Kreis Lipno. Der erste Angeklagte bekannte sich nicht schuldig und wies sein Alibi nach. C. gab an, daß er den Diebstahl zusammen mit dem Angeklagten Bocianowski ausgeführt hat; er nahm ein Schwein im Gewicht von 4 Zentner und B. eine trächtige Sau, die sofort ferkelte. Bocianowski sagte aus, daß er die Sau von Zalewski gekauft hat. Das Gericht verurteilte wegen dieses „Schweinegeschäfts" Cyrankowski und Bocianowski zu je 3 Monaten Gefängnis und 10 Złoty Geldstrafe und sprach den Angeklagten Zalewski frei. **

k. **Straßenunfall.** Donnerstag nachmittag stieß an der Ecke Altstädtischer Markt (Stary Rynek) und Schuhmacherstraße (ul. Szewska) ein Radfahrer mit einem Auto zusammen, wobei das Rad zertrümmert wurde und der Radler Verletzungen am Knie davontrug. Die Schuld trifft ihn angeblich selbst, jedoch wurden der Chauffeur und der Radler zwecks Feststellung des Tatbestandes zum Polizeikommissariat zitiert. **

‡ **Ein Verkehrsunfall** ereignete sich Mittwoch nachmittag gegen 2 Uhr auf der Eisenbahnbrücke. Das Fuhrwerk von Josef Lupiewski aus Stewken (Stawki) hiesigen Kreises wurde durch das Auto PM 50 432 angefahren, wobei ein Pferd leicht verletzt wurde. Die Polizei klärt die Schuldfrage. **

v. **Eine Thorner Schönheit hinter schwedischen Gardinen.** In Lemberg erfolgte kürzlich die Verhaftung der Frau des Hauptmanns Abrahamowicz, die in dem Verdacht steht, eine Reihe von Fälschungen und Betrügereien begangen zu haben. Die „Gazeta Warsz." stellt fest, daß die Verhaftete aus Thorn stammt und von seltener Schönheit ist. Angeblich war sie schon vor einigen Jahren auf Thorner Boden in Erpressungsaffären verwickelt. Der Meldung des Blattes entnehmen wir noch folgendes: Die flatterhafte und verschwenderische Frau A. hatte schon in ihrer Mädchenzeit eine kleine Affäre auf dem Gewissen. Häufig kam es zwischen ihr und ihrem Mann zu heftigen Auseinandersetzungen, die schließlich dazu führten, daß Hauptmann Abrahamowicz die Scheidungsklage einreichte. Seine Frau führte auch weiterhin einen leichtsinnigen Lebenswandel und lebte über ihren Stand. Sie war gewohnheitsmäßige Morphinistin und Kokainistin. Ihre betrügerischen Wechselmanipulationen erstrecken sich über ein Jahr. Die ihr vorgeworfenen Verfehlungen sind ziemlich umfangreich. Hauptmann A. wußte nichts von den Betrügereien seiner Frau, er erfuhr davon erst im Augenblick der Verhaftung, die auf die Anzeige eines Geschädigten erfolgte. Die Affäre hat in Lemberg eine große Sensation hervorgerufen. Frau A. war angeblich die Geliebte eines höheren Polizeibeamten und führte in dieser Eigenschaft bei vielen bekannten Persönlichkeiten Erpressungen aus. **

‡ **Der Polizeibericht** vom 31. Juli verzeichnet vom Vortage drei gewöhnliche Diebstähle, eine Übertretung polizeilicher Verwaltungsvorschriften und die Protokollierung von Überschreitung der Backwarenhöchstpreise in fünf Fällen. Festgenommen und der Staatsanwaltschaft beim Bezirksgericht zugeführt wurde eine Person unter dem Verdacht der Teilnahme an Diebstählen. **

* **Gdingen** (Gdynia), 31. Juli. (PAT) Mit schweren Kopfwunden aufgefunden wurde die Leiche eines Mannes namens Edmund Dąbrowski, die das Meer an das Ufer gespült hatte. Dąbrowski ist zweifellos einem Morde zum Opfer gefallen. Die Danziger Polizei hat im Zusammenhang damit einen Mann namens Chrzan in Danzig verhaftet, der oft mit Dąbrowski zusammen gesehen wurde.

h. **Lautenburg** (Lidzbark), 31. Juli. Schadenfeuer. Am Dienstag brannten Stall, Speicher und Autogarage des Kaufmanns Johann Kalisz nieder. Ferner wurden durch das Feuer verschiedene Kolonialwaren und ein Lastautomobil vernichtet. In den Flammen kam ein Mutterschwein und elf Ferkel um. Die Entstehungsursache des Feuers ist unbekannt. — In Langendorf (Kolonja Brynsk) hat ein Feuer großen Schaden angerichtet. Das Feuer brach im Stall des Besitzers Johann Więcek aus und legte das ganze Gehöft in Asche. Das tote Inventar ist mitverbrannt. Das Feuer griff auf das Gehöft des Landwirts Johann Lorkowski über und vernichtete Stall und Scheune. Weiter übertrug es sich auf das Gehöft der Frau Emma Kierbien und äscherte dieses ein. Mitverbrannt ist das Mobiliar und das tote Inventar. Ferner verbrannte dem Landwirt Julius Neubecker Stall und Scheune, dem Landwirt Franz Zuchliński Scheune, Stall, sowie lebendes und totes Inventar, dem Landwirt Bol. Kloeck Stall und Scheune, sowie das lebende und tote Inventar, und dem Landwirt Józef Kaczmarek das ganze Gehöft, ebenso das Mobiliar und das lebende und tote Inventar. Gegen den großen Brand konnte die Ortsfeuerwehr nicht aufkommen.

Neuenburg (Nowe), 31. Juli. In geradezu brutaler Weise bestohlen wurde hier eine in der Amtsstraße wohnende Familie, die selbst in sehr bescheidenen Verhältnissen lebt. Durch Eindrücken einer Fensterscheibe gelangten die Diebe in die Wohnung, wo die Familie in tiefem Schlafe lag. Die Täter nahmen nahezu die gesamte Garderobe, Wäsche usw. mit, so daß die Geschädigten Mühe hatten, noch etwas zur notwendigsten Bekleidung vorzufinden. Erst morgens bemerkten die Bestohlenen den Verlust.

a. **Schwetz** (Świecie), 31. Juli. Schlußprüfung. Unter dem Vorsitz des Direktors Jagla, als Vertreter des Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer aus Thorn, fand heute im Beisein einiger Mitglieder des Landwirtsbundes an der hiesigen landwirtschaftlichen Winterschule die Abgangsprüfung der deutschen Schüler statt. Es waren 25 Schüler, die an dem achtmonatlichen Kursus teilgenommen und das Abgangszeugnis erhalten haben.

p. **Vandsburg** (Więcbork), 1. August. Unglücksfall. Am letzten Montag wurde in der früheren Kirchenstraße von einem Radler eine Frau beim Überschreiten des Straßendammes angefahren und zu Boden geworfen, wo sie mit einer schweren Kopfwunde besinnungslos liegen blieb. Der sofort herbeigerufene Arzt erteilte der Verunglückten die erste Hilfe. — Auf dem gestrigen Wochenmarkte konnte man bei mäßiger Belieferung des Marktes mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen einen leichten Handel und Verkehr beobachten. Es kosteten: Butter das Pfund 1,50—2, Eier die Mandel 1,70—2. An Gemüse gab es Mohrrüben pro Bund 0,10—0,20, Gurken pro Stück 0,15—0,20, Einlegegurken pro Mandel 1. Der Zentner frische Kartoffeln kostete 5. Saure Kirschen waren pro Liter mit 0,20, 0,25 und 0,30 erhältlich. Für junge Hühner wurden pro Stück 1,50 und 2 verlangt und bezahlt. — Auf dem Schweinemarkt stand das Paar Ferkel mit 70—80 im Preise.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau** (Warszawa), 31. Juli. **Ein Artilleriegeschoß tötet fünf Knaben. Auf den Feldern Demboniak-Stebnik, Kreis Kosów, fanden Hirtenknaben ein Artilleriegeschoß. Bald darauf explodierte das Geschoß und tötete fünf Knaben auf der Stelle, während drei verletzt wurden.**

* **Warschau (Warszawa), 31. Juli. Der Korporal Władysław Bozyk besuchte seine Verlobte Stanisława Sternicka in der Wohnung ihrer Eltern in Warschau. Nach einem kurzen Streit zog Bozyk einen Revolver hervor und gab auf seine Verlobte mehrere Schüsse ab, durch die das Mädchen schwer verwundet wurde. Sie wurde nach einem Krankenhaus gebracht, wo sie bald starb. Der Mörder wurde verhaftet.**

* **Lodz** (Łódź), 31. Juli. Ehedrama auf der Straße. Der Kilinskistraße 75 wohnhafte Kubiak trat an der Ecke der Przejazd- und Sienkiewiczstraße seiner 22 Jahre alten Frau Janina in den Weg und begann ihr auf offener Straße mit wüsten Schimpfworten Vorwürfe zu machen, daß sie ihn betrüge. Er nahm die Frau bei den Haaren und schleuderte sie auf das Pflaster; als Vorübergehende sich bemühten, Kubiak zurückzuhalten riß er sich los, zog ein Messer aus der Tasche, warf sich damit auf seine Frau und brachte ihr 6 Stichwunden an Kopf, Gesicht, Hals und Händen bei. Kubiak wurde verhaftet. Im Wagen der Rettungsbereitschaft wurde die schwerverletzte Janina Kubiak in das St. Josefs-Krankenhaus gebracht, wo sie in bedenklichem Zustand darniederliegt.

Graudenz.

Kirchl. Nachrichten.
Sonntag, d. 3. August 1930
(7. S. n. Trinitatis).

Stadtmission Graudenz. Ogrodowa Nr. 9. Vorm. 9 Uhr Morgenandacht, nachmitt. ½5 Uhr Jugendbundstunde, 6 Uhr Evangelisationsstunde, 7 Uhr Jung-Männerstunde, 1 Uhr Kinderstunde in Treul, ½4 Uhr Evangelisationstunde in Treul, ½5 Uhr Mitgliederst. in Treul, 2 Uhr Andacht in Flötenau, Montag, abds. ½8 Uhr Posaunen- u. Gitarrenstunde, Dienstag ½8 Uhr Gesangst., Donnerstag ½8 Uhr Bibelstunde, Freitag 8 Uhr Andacht in Weburg.

———

Tuchel.

Evangelische Kirche. Vorm. 10 Uhr Gottesdst. 11½ Uhr Kindergottesdst.

Thorn.

Der schwierige Weg der deutschen Finanzpolitik.

Der Reichskanzler ergreift die Offensive.

Berlin, 31. Juli.

Im Reichstag trat, wie bereits gemeldet, am Dienstag **der** erweiterte P a r t e i v o r s t a n d d e s Z e n t r u m s zusammen, wobei der Vorsitzende Prälat Dr. K a a s eine ernste Warnung an die Sozialdemokratie richtete, bei ihrer Wahlagitation gegen die Reichsregierung die notwendige Rücksicht auf Preußen nicht zu vergessen. Die Sitzung fand nach den hochbedeutsamen Ausführungen des Parteiführers Dr. Kaas, die wir in ihren Grundzügen bereits gestern wiedergaben, einen zweiten Höhepunkt in einer großen

Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning,

der erklärte, daß er sich den Ausführungen des Prälaten Kaas und des preußischen Zentrumführers Heß über die Folgen der sozialdemokratischen Agitation für die Stellung des Zentrums zur Preußenkoalition vollkommen anschließe. Der Rede des Kanzlers entnehmen wir folgendes:

Wenn ich zurückblicke auf die vergangenen drei Jahre, so darf ich feststellen, daß die Zentrumspartei in diesen Jahren dauernd und auch ich persönlich warnende Worte ausgesprochen haben gegenüber der finanziellen Entwicklung und allzu optimistischer Beurteilung unserer Wirtschafts- und Finanzlage. Wir haben uns in Deutschland i n d e n v e r g a n g e n e n J a h r e n i n I l l u s i o n e n h i n e i n g e w i e g t. Als man anfing zu zweifeln, gab man sich wiederum der neuen Illusion darüber hin, daß die R e v i s i o n d e s D a w e s p l a n e s mit einem Male eine gewaltige Erleichterung der Lage bringen könnte. Das hat dazu geführt, daß man diese Revision vorzeitig herbeigeführt hat in einem außenpolitisch nicht günstigen Augenblick und zu einem innenpolitisch denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Wir sind zu den P a r i s e r V e r h a n d l u n g e n gegangen mit einer Finanz- und Kassenlage, die von vornherein eine starke Position nicht ermöglichte gegenüber allen Forderungen der Gegenseite.

Im Zusammenhang mit einer politischen Manipulation haben wir während der Pariser Verhandlungen vor Situationen gestanden, die zwar nicht die Währung, aber die Wirtschaftslage gefährdeten. Diese Situation konnte 1930 in jedem Augenblick wieder eintreten. Deshalb ging das Bestreben der Zentrumspartei schon von vornherein dahin, eine solche Gefahr zu bannen und rücksichtslos dem gesamten deutschen Volke klar zu machen, daß m i t d e r Ü b e r n a h m e d e s Y o u n g - P l a n e s e i n e Z ä s u r i n d e r g e s a m t e n F i n a n z - u n d W i r t s c h a f t s p o l i t i k d e s R e i c h e s e i n t r e t e.

Aber wir haben noch etwas anderes vorausgesehen: daß nach dem tragischen Tode Dr. S t r e s e m a n n s die Bindung der Deutschen Volkspartei an die Große Koalition schwächer werden würde. Wir wollten der Möglichkeit eines schnellen Zerreißens dieser Bindungen zuvorkommen, indem wir dem Kabinett Müller die Initiative aufzwangen. Wir sind in der Lage, über all diese Verhandlungen protokollarische Berichte festgelegt zu haben. Es wird auch den Angriffen, von denen Dr. Heß gesprochen hat, nicht gelingen, in irgendeiner Weise an den Tatsachen zu rütteln, daß die G r o ß e K o a l i t i o n n i c h t a m Z e n t r u m g e s c h e i t e r t ist, sondern im Wesentlichen an den beiden Flügelparteien, Deutsche Volkspartei und Sozialdemokratie.

Ich muß noch mit einem Wort auf den Aufruf der Sozialdemokratischen Partei zurückkommen. Es heißt darin, diese Regierung sei eine Regierung der „Satten". Ich weiß nicht, ob es „satt" ist, wenn man dafür sorgt, die notwendigen Mittel herbeizuschaffen, damit die Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung für die Ärmsten der Armen im Laufe dieses Jahres sichergestellt werde. Aber der größte Grad der Sattheit liegt wohl darin, wenn politische Parteien sehen, daß eine schwierige wirtschaftliche und soziale Entwicklung kommt, und sich dann unter irgendeinem Vorwand aus der Verantwortung drücken.

Nun sind ja manche Herren in der Sozialdemokratie nicht sehr konsequent. An einem Tage erheben sie den Vorwurf, daß nicht genügend verhandelt worden sei, am nächsten Tage schon heißt es im Sozialdemokratischen Pressedienst, daß diese ganzen Verhandlungen nur geführt worden seien, um dieses Kabinett Brüning zu stürzen. Ich weiß nicht, ob das sehr sachliche Vorhaltungen sind! Nach der R e c h t e n die parlamentarischen Möglichkeiten zu erschöpfen, das hätte bedeutet, daß zunächst die Regierung sich selbst erschöpft hätte. Um die Forderungen, Umstellung der ganzen Außenpolitik, Rechtskoalition ohne Mehrheit im Reich, und Rechtskoalition in Preußen zu erfüllen, hätte man schon Taschenspieler sein müssen. **Aber man muß die Frage nach der politischen Klugheit der beiden Parteien stellen. Die Partei, die die Reichsregierung bedingungslos unterstützt hätte, hätte die politische Entwicklung von demselben Tage an maßgebend beeinflußt. Aber Agitation ist eben nicht immer identisch mit politischer Einsicht und Weitsicht.**

Und nun die Angriffe gegen Artikel 48. Seit dem Besuch beim Reichspräsidenten im März haben alle Leute darüber diskutiert, wenn eine parlamentarische Lösung nicht möglich sei, den Artikel 48 anzuwenden. Die Sozialdemokraten haben sogar eine Zeit vorher von einer „Diktatur" gesprochen. Von einer Diktatur allerdings unter sozialdemokratischer Führung.

Anschauungsunterricht zur politischen Erziehung.

Was die jetzige Regierung will, ist keine Diktatur, sonders etwas ganz anderes. Die Situation, wie sie uns im Reichstag klar geworden ist, muß in allen Konsequenzen ein Anschauungsunterricht zur politischen Erziehung des deutschen Volkes sein.

Jahrelang wurden notwendige Dinge aufgeschoben, hat man verhängnisvolle Dinge beschlossen, obwohl man überzeugt war, daß diese Entwicklung eine unmögliche Lage schaffen müsse. Man hat d i e V e r a n t w o r t u n g w i e e i n B a l l s p i e l v o n e i n e r P a r t e i z u r a n d e r e n h i n ü b e r g e w o r f e n und sich vor der Verantwortung gedrückt, als man mit viel linderen Maßnahmen die Situation hätte retten können. Das muß mit allen schmerzvollen Wirkungen dem deutschen Volke klargemacht werden. **Wird** das nicht klar, und wird sich das deutsche Volk nicht restlos dieses fehlerhaften Parlamentarismus der Vergangenheit bewußt, dann steht man eines Tages vor Schwierigkeiten, die wir vom Zentrum bewußt und mit **allen Kräften verhindern wollen, bei denen es eine normale Lösung überhaupt** nicht mehr gibt.

Ich darf beiläufig an die S c h w i e r i g k e i t e n d e r I n f l a t i o n erinnern. Wenn damals verschiedene Parteien mit uns gemeinsam den Mut gehabt hätten, hätte dieses Tempo und Ausmaß der Inflation verhütet werden können. Wir erlebten aber damals dasselbe Spiel wie im vergangenen Jahr. Es fand sich keine Mehrheit im Reichstag, das Entscheidende auf finanzpolitischem Gebiete zu tun. Unendliches Elend ist die Folge dieser Scheu vor der Verantwortung gewesen. Wenn man alle diese Dinge dem deutschen Volke klarmacht und sie ihm ungeschminkt vorstellt, dann wird es sicher — vielleicht nicht auf den ersten Anhieb, aber auf die Dauer — möglich werden, daß deutsche Volk zu einer auf die Dauer — möglich werden, das deutsche Volk zu einer überwiegenden Mehrheit zu gewinnen.

D e r A r t i k e l 48 i s t i m L a u f e d e r l e t z t e n J a h r e m e h r a l s h u n d e r t m a l a n g e w a n d t worden! Am meisten vom früheren Reichspräsidenten Ebert. Auch in Bagatellsachen und in Anwesenheit des Reichstags. Niemand hat sich damals darüber aufgeregt. Heute, da der Artikel 48 entscheidend angewandt werden sollte und angewandt werden muß, wo es um Lebens- und Schicksalsfragen geht, da hat man a u f e i n m a l B e d e n k e n. Das ist ein Spiel, das sich nur dadurch erklären läßt, daß man vielleicht bei gewissen Parteien einsieht, welche schweren Fehler man gemacht hat und nun die Aufmerksamkeit der eigenen Wähler von diesen Fehlern durch Angriffe gegen die in schwerer Verantwortung Stehenden abzulenken sucht.

Im übrigen wissen Sie, daß es in allen Länderverfassungen Paragraphen analog dem Artikel 48 gibt und daß diese Bestimmungen auch angewandt werden. Niemand regt sich darüber auf.

Der Schiffbruch der Kinderspeisung-Parole

Man kann nicht immer mit Panzerkreuzern und Kinderspeisungen Wahlen machen. Zumal nicht, wenn man mit diesen Parolen nachträglich Schiffbruch erlitten hat. Das Kabinett Müller hat den Panzerkreuzer gebaut, und für die Kinderspeisung nichts in den Etat eingesetzt. Diese Dinge ins Gedächtnis zurückzurufen, wird unser aller Aufgabe sein.

Wir müssen den Kampf führen i n e i n e m A u g e n b l i c k d e r s c h w e r s t e n W e l t w i r t s c h a f t s k r i s e, die wir vielleicht in den letzten 30 Jahren der Weltgeschichte gehabt haben. Das ist ein sehr ungünstiger Moment. Es ist Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, welch ungeheuren Umfang diese Krise hat und welche Konsequenzen sie in der nächsten Zukunft noch haben kann oder haben muß. Die Weltrohstoffpreise sind zum großen Teil bis auf den Vorkriegsstand, zum Teil weit darunter gesunken. Wenige liegen noch über dem Vorkriegsniveau. Das ist eine

Revolution der gesamten Weltwirtschaft

von einem Ausmaß, wie sie sich noch nicht einmal in den 90er Jahren geltend gemacht hat. Die Konsequenzen sehen wir in fast allen Ländern in der Zahl der Arbeitslosen. Sie ist in E n g l a n d relativ größer, als in Deutschland. Man hat dort unter der Arbeiterregierung viermal in einem Jahre zusätzliche Maßnahmen auf dem Gebiet der Arbeitslosenversicherung vornehmen und neue Mittel schaffen müssen. Die Arbeiterregierung hat die Konservativen und Liberalen aufgefordert, mit ihr gemeinsam darüber nachzudenken, wie man die Arbeitslosenversicherung finanziell durchhalten könne. Aus allen drei Parteien wurden je zwei Mitglieder ernannt, die sich gemeinsam und ohne Rücksicht auf Regierung und Opposition hinsetzen sollten, die Schwierigkeiten zu meistern.

Wenn man in solchen Augenblicken größter Not im Reichstag uns Vorwürfe machte, daß man über diesen oder jenen Paragraphen vielleicht nicht genügend verhandelt hätte, so wirkt das doch geradezu kläglich und lächerlich. Ich glaube, die Rede, die der Reichsfinanzminister Dietrich im Reichstag am Schluß gehalten hat, spricht das aus, was auszusprechen notwendig war, nämlich daß es unmöglich und für ein Volk unwürdig ist, sich im Parlament dauernd von Interessenklüngeln beherrschen zu lassen.

Was wir tun müssen, ist für die Reichsregierung das eine, sich streng an die Verfassung zu halten, aber im Rahmen der Verfassung auch alles das zu tun, was, wenn es jetzt nicht getan worden wäre oder nicht getan wird, vielleicht niemals wieder einzuholen sein wird. Jede Reichsregierung, die nicht den Mut gefaßt hätte, dem Reichspräsidenten die neuen Notverordnungen vorzuschlagen, würde sich vor der Geschichte und dem deutschen Volke des schwersten Verbrechens schuldig gemacht haben.

Es handelt sich bei diesen Maßnahmen darum, daß es uns gelingt, eher aus dieser Krise herauszukommen als andere Länder. Das ist möglich, weil wir drei Vorzüge haben: Erstens haben wir billiges Geld, können mit billigem ausländischen Kapital arbeiten und können die zu teuer geliehenen kurzfristigen Kredite zurückzahlen. Zweitens: wir profitieren als Veredlungsland von dem niedrigen Preisstand der ausländischen Rohstoffe und drittens ist es uns gelungen, **die Landwirtschaft aus der Katastrophe wieder herauszuholen.** Freilich sind noch schwere Sorgen auch für die Landwirtschaft vorhanden. Aber wie es auch kommen mag, das steht fest, daß der Tiefpunkt in der Krise der Landwirtschaft überwunden ist. Deshalb mußten wir im Interesse einer Weiterentwicklung die Maßnahmen wieder verkünden und durchführen.

All diese Dinge müssen in einem einheitlichen Ganzen erfaßt werden. Und wenn sie auch nicht in einem Jahre durchgeführt werden können, sind sie doch in einem programmatischen Gesetze festzulegen, so daß ihre Durchführung in einer Reihe von Jahren sichergestellt ist. Wir müssen davon herunterkommen, daß bei dauernd wechselnden Koalitionen die eine Regierung diese Politik macht, die andere die entgegengesetzte. Das hat uns in die Finanzmisere hineingebracht. Man senkte die Steuern zu viel, obwohl man ausrechnen konnte, in welchem Jahre wir mit einer solchen Finanzpolitik festsitzen würden. Eine K r i s e d e s P a r l a m e n t s aus diesen Gründen haben wir seit 1926 vorausgesehen. Der k o m m e n d e R e i c h s t a g wird sich erneut vor die Frage der Fortführung der Finanzierung gestellt sehen und entscheiden müssen, ob er gewillt sei, die Sanierung bis zum letzten Punkte durchzuführen. Wenn die Wahlschlacht vorüber ist, werden manche Parteien über manches sehr anders denken, als sie im Augenblick nach außen laut werden lassen.

Eines nur ist notwendig, nicht die Parteien dürfen führend sein, sondern das K a b i n e t t. Das hat in den letzten Jahren gefehlt. **Das Kabinett muß die V e r a n t w o r t u n g übernehmen und die Entscheidungen möglichst im Plenum des Reichstages selbst suchen. Nur so erzielen wir eine klare Verantwortung als Grundlage der Demokratie. Daß es gelingen wird, für eine solche Auffassung Verständnis im deutschen Volke zu bekommen, ist meine Hoffnung. Es geht eben um etwas anderes als um momentane Maßnahmen. Es geht um die Notwendigkeit, den Sinn der Verfassung und die Aufgaben des Parlaments jetzt, nachdem gewisse Übergangszustände der Inflation überwunden sind, und wir außenpolitisch in einen neuen Abschnitt hineinkommen, vor aller Öffentlichkeit in den parlamentarischen Kämpfen zu verwirklichen und diese parlamentarischen Kämpfe so durchzuführen, daß das Volk ein volles Verständnis für diese ernsten und wichtigsten Aufgaben des nächsten Jahres bekommt.**

Jungdeutscher Ordens-Appell

eines Führers der Deutschen Staatspartei.

Artur M a h r a u n, der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, hat an seine „jungdeutschen und volksnationalen" Freunde folgenden A u f r u f erlassen:

„Nach eingehenden Beratungen des jungdeutschen Hochkapitels und des Reichsvorstandes der Volksnationalen Reichsvereinigung haben wir den s c h w e r e n E n t s c h l u ß gefaßt, unsere Anhänger im kommenden Reichstagswahlkampf für eine junge D e u t s c h e S t a a t s p a r t e i aufzurufen. Die jungdeutschen und volksnationalen Führer haben sich zu diesem ernsten Schritt entschlossen und vorhandene Bedenken zurückgestellt, weil sie in der gegenwärtigen politischen Verwirrung die Verantwortung nicht tragen können, durch ein alleiniges Vorgehen der Volksnationalen Reichsvereinigung, die von weitesten Volkskreisen geforderte Sammlungsbewegung auf breiter Grundlage zunichte zu machen. Ich richte an alle Freunde und Anhänger den Appell, die Gründe zu diesem Entschluß zu würdigen. Das Ergebnis der Prüfung wird jedermann überzeugen, daß es hohe nationale Pflicht ist, alle Kräfte für die S a m m l u n g s b e w e g u n g in der jungen Deutschen Staatspartei einzusetzen. Die unaufhörliche Zersplitterung der bürgerlichen Parteien kann so nicht weiter gehen. Jener große Teil des Staatsbürgertums, der zwischen der Sozialdemokratie und dem Radikalismus der Rechten steht, fühlt sich von den alten Parteien verlassen und fordert mit unwiderstehlicher Gewalt eine grundlegende politische Neugruppierung. Er empfindet die ungeheure Größe der Gefahr, wenn nicht sofort eine Sammlung auf breitester Grundlage erzwungen wird. Es darf aber keine Sammlung sein, die nur von den Parlamentariern d e r a l t e n P a r t e i e n ausgeht und den enttäuschten Menschen keine n e u e H o f f n u n g mehr geben kann.

Die Vorbedingungen der vom Volke geforderten Sammlung sind durch die gegenwärtige Entwickelung gegeben:

> **In der jungen Deutschen Staatspartei müssen sich deutsche Menschen aus dem schwarz-weiß-roten wie aus dem schwarz-rot-goldenen Heerlager die Hände zum gemeinsamen Kampf für Reich und Volk, für Einheit und Freiheit geben.**

Jeder Sammlungsbewegung, **die sich auf e i n e s** dieser **beiden Heerlager beschränkt, wird k e i n e n E r f o l g** erzielen können. Die junge Deutsche Staatspartei muß der jungen Generation die volle Gleichberechtigung in jeder Beziehung einräumen. Das F r o n t g e s c h l e c h t ist nicht mehr gewillt, sich von den alten Politikern zurückdrängen zu lassen. Die junge Deutsche Staatspartei muß ebenso n e u wie j u n g sein. **Nach der Befreiung des Rheinlandes beginnt innenpolitisch wie außenpolitisch eine neue Zeit.** Mit neuem Mut beginnen wir eine neue politische Entwickelung. Die junge Deutsche Staatspartei muß uns die Gewähr bieten, daß die skrupellose Selbstsucht von Klassen-, Interessenten- und Finanzgruppen einem hohen staatspolitischen Verantwortungsgefühl Platz macht. Wir wollen S t a a t s v o l k sein, aber nicht I n t e r e s s e n t e n h a u f e n.

Nur die S i c h e r h e i t der Erfüllung dieser Forderungen kann die sittliche Pflicht der jungdeutschen und volksnationalen Bewegung zum Einsatz in die große Sammlungsbewegung berechtigen. Von der Erfüllung dieser Forderungen ist das Schicksal der neuen Staatsbürgerbewegung abhängig.

Das Gebot der Klugheit und Gerechtigkeit erfordert die Kampfgemeinschaft mit einer Anzahl von A l t p a r l a m e n t a r i e r n und politisch führenden Persönlichkeiten der alten Parteien. Darum haben wir uns entschlossen, gemeinsam mit ihnen zur Bildung der Deutschen Staatspartei aufzurufen.

An uns wird es in erster Linie liegen, die Front nach rechts zu erweitern.

Die einmütige Geschlossenheit der jungdeutschen und volksnationalen Bewegung, die Behauptung ihrer S c h l ü s s e l s t e l l u n g innerhalb der jungen Deutschen Staatspartei bieten weiten Volkskreisen die Gewähr für die **Ausschaltung der internationalen pazifistischen Schwärmer,** die dem Deutschen Reiche so u n e r m e ß l i c h e n S c h a d e n z u g e f ü g t haben.

Freunde und Anhänger, seid euch bewußt, daß uns die gegenwärtige Entwickelung die h e i l i g e P f l i c h t auferlegt, die Weltanschauung, an der wir seit einem Jahrzehnt gearbeitet haben, das Geistesgut unserer Idee vom Volksstaat und von der Volksgemeinschaft mit machtpolitischem Willen in die Zukunft hinauszutragen. Hier ist uns die Möglichkeit gegeben, diese Pflicht zu erfüllen.

Wenn ich mich entschlossen habe, die außerparlamentarische Führung der jungen Deutschen Staatspartei zu übernehmen, so habe ich es in der tiefen Überzeugung getan, daß mir die geistige Einheit der jungdeutschen und volksnationalen Bewegung und die innige Verbundenheit meiner Freunde mit mir eine Machtstellung gibt, die den gerechten Anteil unserer Mitwirkung an der neuen Staatsbürgerbewegung sichert.

Im festen Vertrauen auf die einheitliche Zustimmung der jungdeutschen und volksnationalen Bewegung habe ich den schweren Entschluß gefaßt. Gestützt auf eure Willenseinheit und eure treue Gefolgschaft fordere ich von euch das volle Vertrauen zu mir und meinem Handeln.

Ich bin mir der hohen **Aufgabe bewußt,** die sittlichen **Güter unserer Bewegung zu wahren und zu schützen.**

Vorwärts, ans Werk, jungdeutsche und volksnationale Frauen und Männer. Jede Sammlungsbewegung bedeutet ein Zusammengehen bundesgenössischer Kräfte.

Helft mir, den jungdeutschen und volksnationalen Flügel zu stärken!" **Artur Mahraun.**

*

Es ist begreiflich, daß dieser Aufruf in der letzten Sitzung der Demokratischen Partei keine restlose Zustimmung auszulösen vermochte. Das „Berl. Tagebl." begleitet ihn mit folgendem Kommentar:

„Der Aufruf des Herrn Mahraun ist wohl vor allem dazu bestimmt, diejenigen Mitglieder des Jungdeutschen Ordens, denen die Vereinigung mit der Demokratischen Partei einiges Kopfweh verursacht, um die Einheitsfahne zu scharen. Wobei er es offen läßt, zu wieviel Prozent die Fahne schwarz-weiß-rot und zu wieviel sie schwarz-rot-gold sein darf. Wenn Herr Mahraun sich an die „deutschen Menschen" wendet, so müssen wir feststellen, daß andere als deutsche Menschen im Deutschen Reiche das Wahlrecht nicht besitzen."

Das ist ein grundlegender Irrtum des „Berl. Tagebl.", dem der Unterschied der Begriffe Staat und Volk doch geläufig sein sollte. Im Deutschen Reich besitzen zwar nur deutsche Staatsbürger, aber auch andere als „deutsche Menschen" das Wahlrecht. Die Polen und Dänen, die in Beuthen oder Flensburg zur Wahlurne gehen, sind nicht deutsch und werden darum auch von Herrn Mahraun nicht für die Deutsche Staatspartei in Anspruch genommen. (Der Parteiname ist — wie man gelegentlich dieser Erörterung erkennt — nicht gerade glücklich gewählt; denn eine Staats-, nicht Volkspartei wendet sich in ihrer Firma, streng formell genommen, auch an die nationalen Minderheiten. Ob nun Herr Mahraun in seinem Aufruf bei der Erwähnung der „deutschen Menschen" an die nationalen Minderheiten gedacht hat, zu denen sich die Juden in Deutschland (zum Unterschied von dem größten Teil ihrer Stammesgenossen in Polen!) nicht rechnen, oder ob er mit dieser deutungsreichen Wendung — sozusagen zwischen den Zeilen — ein rassenpolitisches Bekenntnis erkennbar machen wollte, bleibt sein Geheimnis. Der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens braucht sich aber nicht darüber zu wundern, daß diese verdeckte Offenbarung bei einem Teil seiner neuen Parteifreunde etwas mißtrauisch aufgenommen wird.

„Wieweit sich nach Meinung des Herrn Mahraun" — so fährt das „Berl. Tagebl." in seiner Kritik fort — „der Kreis der „internationalen pazifistischen Schwärmer" erstreckt, ist nicht klar zu erkennen. Statt das Festhalten an der Weltanschauung, „an der wir seit einem Jahrzehnt gearbeitet haben", zu betonen, hätte der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens etwas über seine Stellung zum Antisemitismus sagen sollen, der in den letzten zehn Jahren bisweilen eine Rolle innerhalb der jungdeutschen Bewegung gespielt hat. Herr Koch-Weser hat in der Sitzung des demokratischen Partei-Ausschusses versichert, daß Herr Mahraun erklärt habe, der Antisemitismus in jeglicher Form liege ihm fern, aber in dem an die Ordensmitglieder gerichteten Aufruf findet sich eine derartige Erklärung nicht. (Wirklich nicht?)

Der Europarundflug.

Bis um 4 Uhr nachmittags waren am 31. Juli 34 Flugzeuge des Europarundfluges in Berlin eingetroffen, darunter vier Polen. Bisher wurden 20 Maschinen gestrichen, und zwar 7 deutsche, 7 polnische, 4 französische und 2 spanische. Am 1. August beginnen die technischen Prüfungen der Flugzeuge; das Programm dieses Wettbewerbs sieht am 1. August von 9.30 bis 4 Uhr nachmittags Prüfungen der Motoren vor, Untersuchungen über die Bequemlichkeit der Flugzeuge, Proben des Auseinandernehmens und des Zusammensetzens der Flugzeuge. Am 2. August werden die gleichen Prüfungen für die weiteren Apparate vorgenommen, am 3. die Prüfungen über Brennstoffverbrauch und am 4. Start- und Landungsproben sowie Flüge über Hindernisse in Höhe von 8 Metern. Nach Beendigung all dieser Wettbewerbe wird die Verkündigung der Sieger erfolgen.

Der polnische Flieger Babinski, der am 31. Juli in Danzig eingetroffen war, hat auf dem dortigen Flugplatz einen Unfall erlitten. Als er zum Fluge nach Berlin weiter starten wollte, wendete er den Apparat zu schnell nach der Seite, so daß ein Bruch des Fahrgestelles eintrat; der Schaden wird repariert.

Die bisherigen Wertungen.

Nach der bisherigen Übersicht werden sich von den in Berlin zum internationalen Rundflug gestarteten 60 Flugzeugen noch etwa 40 an dem technischen Nachwettbewerb beteiligen können. Bisher konnten für Schnelligkeit und Zuverlässigkeit Punkte erringen: Morzik 188+75, Poß 189+75, Dr. Pasewald 105+75, Polte 187+75, Thorn 175+75, Broad 195+75, Andrews 51+30, Butler 195+75, Carberry 193+75, Finat 139+75, von Habsburg-Bourbon 69+75, Arrarrchart 123+75, Dinort 185+65, Miß Spooner 185+75, Plonczynski 161+75, Lady Bailey 57+75, von Massenbach 191+65, Notz 186+75, Osterkamp 151+75, Peschke 132+75, Bajan 60+60, von Köppen 178+75, Wieckowski 159+75, Gedgowd 27+60, von Freyberg 93+60, Siebel 96+75, von Waldau 105+60, Benz 87+75 und Spengler 84+75.

Sehr günstig stehen also die englischen Flieger Carberry und Broad und die deutschen Flieger Morzik, Poß und von Massenbach. Wenn die Engländer auch gegenüber den Deutschen um einige Punkte vorliegen, so kann man doch annehmen, daß die Deutschen mit ihren leichteren Maschinen bei dem technischen Nachwettbewerb, besonders bei der Brennstoff- und der Start- und Landeprüfung bedeutend bessere Chancen haben. Auf alle Fälle wird es zwischen den englischen und deutschen Fliegern die schärfste Konkurrenz geben.

Bedauerlich ist, daß der Engländer Butler mit seinen hohen Geschwindigkeitspunkten kaum noch eine Chance hat. Butler hat auf dem Flugplatz Posen bei der Landung den Propeller zerschlagen und mußte ausscheiden, weil er keinen Ersatzpropeller mitführte. Er hat allerdings Protest eingelegt, weil der Landeplatz schlecht gewesen sei; ob er aber mit diesem Protest Erfolg haben wird, ist sehr zweifelhaft.

Unsere geehrten Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlichst auf die „Deutsche Rundschau" beziehen zu wollen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Lage auf dem polnischen Effektenmarkte.

In der zweiten Julihälfte waren fast keine Änderungen auf der Warschauer Börse eingetreten. Die Umsätze waren nach wie vor sehr begrenzt. Bei schwachem Interesse konnten nur mit Mühe Transaktionen abgeschlossen werden, wobei sich die Tendenz für den größeren Teil der Aktien abwärts bewegte.

Von Bankaktien wurden die Aktien der Bank Polski und der Warszawski Bank Kredytowy (Warschauer Diskontbank) niedriger bewertet, während die Aktien der Bank Zachodni (Westbank) ihre frühere Kurseinbuße bis auf einen Endkurs von zirka 72 Złoty ausgleichen konnten.

Unter den chemischen Werten konnten sich die Aktien der chemischen Aktiengesellschaft Spieß auf ihrer bisherigen Höhe halten, während andere Aktien nachließen.

In elektrotechnischen Werten war überhaupt keine Nachfrage zu verzeichnen, so daß es während der Berichtszeit zu keiner Notierung kam.

Die Nachfrage nach Zuckeraktien war geringer, so daß die Aktien der Zuckerfabriken Czestocio und Warszawskie Towarzystwa Fabryk Cukru etwas zurückgingen. Zementaktien wurden in der Berichtszeit überhaupt nicht gehandelt. Die Aktien der Warschauer Bergwerksgesellschaft erlitten im Vergleich zum Vormonate eine Kurseinbuße von 5. Złoty.

Metallurgische Aktien, welche früher Gegenstand einer besonders starken Nachfrage gewesen sind, rufen heute überhaupt kein Interesse hervor. Unverändert blieben Ostrowiec und Lilpop, zurückgegangen sind Starachowice, Modrzejow und Zieleniewski.

In Bezug auf die übrigen Aktien und zwar Textil, Handel, Lebensmittel und dergleichen herrscht vollständiger Stillstand. Es wurden lediglich die Aktien der Kluczewska Fabryka Papieru (Kluczewska Papierfabrik) zu einem Kurs von 59 Złoty bei einem Nominalwert von 100 Złoty gehandelt. Auf den polnischen Provinzbörsen war in der Berichtszeit bei unverändertem Kursniveau eine leichte Belebung festzustellen.

Die polnische Wirtschaftslage nach einem Bericht der Bank Polski.

Nach einem Bericht der Bank Polski hat im Laufe des Monat Juni die Verflüssigung des polnischen Geldmarktes weiter zugenommen, jedoch hat die Kreditpolitik der Bank für einen großen Teil der flüssigen Gelder Verwendung finden können. Die seit längerer Zeit bestehende schlechte Zahlungsfähigkeit hat sich im Laufe des Berichtsmonats gebessert, was aus dem Rückgang der Wechselproteste der Bank Polski von 6,7 Prozent im Mai auf 5,33 Prozent im Juni ersichtlich ist. Der Rückgang der Warenumsätze und der Mangel an gutem Wechselmaterial haben bewirkt, daß die durch die Bank Polski bereit gestellten Kredite nur teilweise ausgenutzt werden konnten. Gegenüber dem Monat Mai hat sich die Summe der in Anspruch genommenen Wechselkredite um 13 Millionen auf 581,4 Millionen Złoty vermindert und die der Lombardkredite um 5 Millionen auf 73 Millionen Złoty.

Infolge des Zusammenbruchs der Preise für landwirtschaftliche Artikel und des Rentabilitätsrückganges der Zuchtviehproduktion, ist die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Kreise stark gesunken, eine Tatsache, welche sich in der allgemeinen Wirtschaftsdepression widerspiegelt. Die Höhe der Diskontrate bleibt für die Landwirtschaft ohne Bedeutung, da der Landwirt für Wechselkredite theoretisch 12 Prozent, praktisch aber 15 Prozent zahlen muß. Unter diesen Umständen muß die Bank Polski landwirtschaftliche Wechsel sehr häufig um 3 und sogar um 6 Monate prolongieren. Im Durchschnitt beträgt die Belastung der polnischen Landwirtschaft mit kurzfristigen Krediten 100 Złoty pro 1 magdeburgischen Morgen und die Kosten dieses Kredites 15 Złoty jährlich, während die Grundrente sich zwischen 8 und 16 Złoty bewegt mit dem Schwergewichtspunkte zwischen 8 und 12 Złoty. Einer der hauptsächlichsten Faktoren der gegenwärtigen Wirtschaftsdepression sei demnach die sehr ungünstige Lage der polnischen Landwirtschaft.

Die Bilanz der Bank Polski für die zweite Julidekade weist einen Goldvorrat von 703 115 000 Złoty auf, d. s. 79 000 mehr, als in der vorhergehenden Dekade. Die zur Deckung dienenden ausländischen Devisen und Valuten sind um 28 896 000 Złoty auf 217 157 000 Złoty zurückgegangen, die nicht zur Deckung dienenden verminderten sich ebenfalls um 2 122 000 Złoty auf 107 863 000 Złoty. Das Wechselportefeuille stieg um 8 940 000 Złoty und beträgt 594 027 000 Złoty. Die durch Wertpapiere gesicherten Anleihen stiegen um 156 000 Złoty auf 74 193 000 Złoty. Die anderen Aktiven betrugen 140 997 000 Złoty, d. s. 4 333 000 Złoty mehr, als in der vorigen Dekade. Auf der Passivseite stiegen die sofort fälligen Verbindlichkeiten um 19 401 000 Złoty auf 312 882 000 Złoty, während der Banknotenumlauf sich um 42 790 000 Złoty auf 1 220 252 000 Zł. verminderte. Die Deckung des Banknotenumlaufs und der sofort fälligen Verbindlichkeiten durch Gold allein betrug 45,86 Prozent (+ 15,86 Prozent), durch Gold und Devisen 60,03 Prozent (+ 20,03 Prozent), die Golddeckung des Notenumlaufs belief sich auf 57,62 Prozent.

Billige landwirtschaftliche Kredite in Polen. Unter dem Vorsitz des polnischen Landwirtschaftsministers Dr. Janta Połczyński fand am 24. 7. d. J. eine Konferenz mit Vertretern der staatlichen und Privatbanken statt. Gegenstand der Beratungen bildete die Frage einer Verbilligung der landwirtschaftlichen Kredite, insbesondere der Getreidelombard-Kredite. Es wurde beschlossen, daß die Kosten der Getreidelombard-Kredite (inkl. sämtlicher Spesen) 2½ Prozent nicht übersteigen dürfen. Ob und in welcher Weise die Polnische Regierung die Privatbanken für den niedrigen Zinssatz entschädigen wird, ist nicht bekannt.

Firmennachrichten.

Zahlungsaufschub. Der Firma Józef Bittner in Graudenz, Altestraße (Stara) 23, ist vom Kreisgericht in Graudenz ein Zahlungsaufschub bis zum 26. Oktober d. J. gewährt worden. Die gerichtliche Aufsicht übt Michał Paczyński in Graudenz, Marienwerderstraße (Wybickiego) 31, aus.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 1. August auf 5,9244 Złoty festgesetzt.

Der Złoty am 31. Juli. Danzig: Ueberweisung 57,56—57,71, Berlin: Ueberweisung 46,85—47,05, London: Ueberweisung 43,40, Newyork: Ueberweisung 11,23, Paris: Ueberweisung 285,50, Wien: Ueberweisung 79,17½—79,45½, Zürich: Ueberweisung 57,75.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 31. Juli Geld	Brief	In Reichsmark 30. Juli Geld	Brief
4,5 %	1 Amerika	4,180	4,188	4,1805	4,1885
5 %	1 England	20,355	20,395	20,357	20,397
4 %	100 Holland	168,32	168,66	168,35	168,69
—	1 Argentinien	1,505	1,509	1,502	1,506
5 %	100 Norwegen	112,05	112,27	112,06	112,28
5 %	100 Dänemark	112,10	112,32	112,11	112,33
—	100 Island	92,02	92,20	92,02	92,20
4,5 %	100 Schweden	112,46	112,68	112,48	112,68
3,5 %	100 Belgien	58 495	58,615	58,505	58,625
7 %	100 Italien	21,905	21,945	21,905	21,945
3 %	100 Frankreich	16,43	16,49	16,445	16,485
3,5 %	100 Schweiz	81,235	81,395	81,265	81,425
5,5 %	100 Spanien	47,05	47,15	47,05	47,15
—	1 Brasilien	0,435	0,437	0,429	0,431
5,48 %	1 Japan	2,063	2,067	2,063	2,067
—	1 Kanada	4,185	4,193	4,185	4,193
—	1 Uruguay	3,417	3,423	3,447	3,453
5 %	100 Tschechoslowak.	12,393	12,413	12,385	12,415
7 %	100 Finnland	10,52	10,54	10,52	10,54
—	100 Estland	111,53	111,75	111,53	111,75
—	100 Lettland	80,62	81,78	80,61	80,77
8 %	100 Portugal	18,79	18,83	18,79	18,83
10 %	100 Bulgarien	3,032	3,038	3,032	3,038
6 %	100 Jugoslawien	7,418	7,432	7,419	7,433
7 %	100 Oesterreich	59,105	59,225	59,095	59,215
7,5 %	100 Ungarn	73,30	73,44	73,31	73,45
6 %	100 Danzig	81,42	81,58	81,42	81,58
—	1 Türkei	—	—	—	—
9 %	100 Griechenland	5,435	5,445	5,43	5,44
—	1 Kairo	20,865	20,905	20,865	20,905
9 %	100 Rumänien	2,488	2,492	2,487	2,491
—	Warschau	46,85	47,05	46,85	47,05

Warschauer Börse vom 31. Juli. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien —, Belgrad —, Budapest —, Bukarest —, Danzig —, Helsingfors —, Spanien —, Holland —, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 43,38½, 43,49 — 43,28, Newyork 8,899, 8 919 — 8,879, Oslo —, Paris 35,06¼, 35,15 — 34,97½, Prag 26,41½, 26,48 — 26,35, Riga —, Stockholm —, Schweiz 173,15, 173,58 — 172,72, Tallin —, Wien 125 96, 126,27 — 125,65, Italien —.

Amtliche Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 31. Juli. In Danziger Gulden wurden notiert Devisen: London —,— Gd., —,— Br., Newyork —,— Gd., —,— Br., Berlin —,— Gd., —,— Br., Warschau 57,57 Gd., 57,72 Br. Noten: London 25,00 Gd., 25,00½ Br., Berlin 122,57—122,88 Gd., 122,59—122,89 Br., Newyork —,— Gd., —,— Br., Holland —,— Gd., —,— Br., Zürich —,— Gd., —,— Br., Paris —,— Gd., —,— Br., Brüssel —,— Gd., —,— Br., Helsingfors —,— Gd., —,— Br., Kopenhagen —,— Gd., —,— Br., Stockholm —,— Gd., —,— Br., Oslo —,— Gd., —,— Br., Warschau 57,56 Gd., 57,71 Br.

Züricher Börse vom 31. Juli. (Amtlich.) Warschau 57,75, Paris 20,24½, London 25,05⅞, Newyork 5,1462½, Belgien 72,00, Italien 26,96, Spanien 57,65, Amsterdam 207,20, Berlin 122,97, Wien 72,77, Stockholm 133,40, Oslo 137,95, Kopenhagen 137,95, Sofia 3,73½, Prag 15,25⅜, Budapest 90,25, Belgrad 9,12½, Konstantinopel 2,44½, Bukarest 3,06, Helsingfors 12,95½, Athen 6,63, Buenos Aires 1,85½, Tokio 2,54½. Privatdiskont 2 1/16 pCt. Bargeld 1monatl. 2 pCt.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,86¼ Zł., do. kl. Scheine 8,85¼ Zł., 1 Pfd. Sterling 43,22½ Zł., 100 Schweizer Franken 172,47 Zł., 100 franz. Franken 34,93¼ Zł., 100 deutsche Mark 212,12 Zł., 100 Danziger Gulden 172,82 Zł., tschech. Krone 26,31¾ Zł., österr. Schilling 125,46 Zł.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 31. Juli. Festverzinsliche Werte: Notierungen in Prozent: 5proz. Konvertierungsanleihe (100 Złoty) 55,00 G. 8proz. Obligationen der Stadt Posen (100 G.-Złoty) vom Jahre 1927 95,50 G. 8proz. Dollarbriefe der Posener Landschaft (1 D.) 97,00 +. 4proz. Konvertierungspfandbriefe der Posener Landschaft (100 Złoty) 42,50 B. Notierungen je Stück: 6proz. Rogg.-Br. der Posener Landschaft (1 D.-Zentner) 28,50 +. Tendenz etwas reger.

Produktenmarkt.

Getreide, Mehl und Futtermittel. Warschau, 31. Juli. Preise für 100 Kg. franko Station Warschau: Alter Roggen 18 bis 18,50, neuer Roggen 120/122 18,50—19, alter Weizen 40—42, neuer Weizen zum Ausmahlen 35—37, Einheitshafer 23—24, Grützgerste 23—24, Braugerste 25—27, Luxusweizenmehl 80—85, Weizenmehl 4/0 70—75, Roggenmehl nach Vorschrift 36—38, grobe Weizenkleie 17—18, mittlere Weizenkleie 15—16, Roggenkleie 11—12. Tendenz ruhig, Umsätze mittelmäßig.

Getreidenotierungen der Bromberger Industrie- und Handelskammer vom 31. Juli. (Großhandelspreise für 100 Kilogr.) Weizen, neu 33,00—34,00 Zł., Roggen 18,50—19,25 Zł., Mahlgerste 21,00—23,00 Zł., Braugerste —,— Zł., Felderbsen —,— Zł., Viktoriaerbsen —,— Zł., Hafer 21,75—22,50 Zł., Fabrikkartoffeln —,— Zł., Speisekartoffeln —,— Zł., Kartoffelflocken —,— Zł., Weizenmehl 70 % —,— Zł., do. 65 % —,— Zł., Roggenmehl 70 % —,— Zł., Weizenkleie 15,00—16,00 Zł., Roggenkleie 13,50—14,00 Zł. Engrospreise franko Waggon der Aufgabestation. Tendenz: ruhig.

Berliner Produktenbericht vom 31. Juli. Getreide- und Oelsaaten für 1000 Kg. ab Station in Goldmark: Weizen märk., 76—77 Kg., —,—, Roggen märk., 72 Kg., 158,00—161,00, Braugerste —,—, Futter- und Industriegerste 174,00—197,00, Hafer märk. 180,00—188,00, Mais —,—.

Für 100 Kg.: Weizenmehl 31,75—39,00, Roggenmehl 22,50—25,25, Weizenkleie 9,75—10,40, Roggenkleie 9,75—10,50, Viktoriaerbsen 27,00 bis 32,00, Kl. Speiseerbsen 24,00—27,50, Futtererbsen 19,00—20,00, Peluschken 22,00—25,00, Ackerbohnen 17,00—18,50, Wicken 21,00—23,50, Lupinen, blaue —,—, Lupinen, gelbe —,—, Seradella —,—, Rapskuchen 10,60—11,60, Leinkuchen 16,20—16,60, Trockenschnitzel 8,50—9,30, Soya-Extraktionsschrot 14,00—15,00, Kartoffelflocken —,—.

Materialienmarkt.

Berliner Metallbörse vom 31. Juli. Preis für 100 Kilogr. in Gold-Mark. Elektrolytkupfer (wirebars), prompt cif. Hamburg, Bremen oder Rotterdam 105,25, Remalted-Plattenzink von handelsüblicher Beschaffenheit —,—. Originalhüttenaluminium (98—99 %) in Blöcken, Walz- oder Drahtbarren 190, do. in Walz- oder Drahtbarren (99 %) 194, Reinnickel (98—99 %) 350. Antimon-Regulus 49,00—51,00, Feinsilber für 1 Kilogr. fein 47,50—49,50. Gold im Freiverkehr —,—, Platin —,—.

Metalle. Warschau, 31. Juli. Es wird notiert für 1 Kg. in Złoty: Bankazinn in Blöcken 7,60, Hüttenblei 1,15, Zink 1,15, Antimon 1,90, Hüttenaluminium 4, Kupferblech 4, Messingblech 3,50—4,50, Zinkblech 1,28.

„R. 100" beschädigt.

Verspätete Landung.

Montreal, 31. Juli. Das englische Luftschiff „R 100" fliegt zurzeit über den St. Lorenzstrom. Von der Leitung des Luftschiffes ist eine Radiomeldung in Montreal eingetroffen, aus der hervorgeht, daß das Luftschiff infolge Beschädigung den Flug verlangsamen mußte und daß es erst am Morgen des 1. August auf dem Flugplatz von St. Hubert landen wird. Bekanntlich hatte man die Landung des Luftschiffes bereits für Donnerstag nachmittag 4 Uhr erwartet.

Über die Beschädigung des Luftschiffes wird mitgeteilt, daß dieselbe durch ein Gewitter erfolgt ist, in das das Luftschiff über dem St. Lorenzstrom geraten war. Dabei wurde ein Stabilisierungsstück beschädigt.

Zigeunerschlacht bei Warburg.

Die Braut als Heerführer.

Aus Kassel wird der „Vossischen Zeitung" gemeldet: In der Nähe von Warburg an der hessisch-westfälischen Grenze kam es Mittwoch nacht zu einer mörderischen Schlacht zwischen feindlichen Zigeunerstämmen, bei der zwölf der braunen Gesellen zum Teil schwer verletzt wurden.

Die Zigeuner schlugen mit ihren Wagen und Pferden an einem Waldrand ihr Lager auf, um mit slawischen Liedern, Tanz und reichlichen Mengen Alkohols eine Hochzeit festlich zu begehen. Die prächtig geschmückte Braut wartete bereits eine Stunde im Kreise ihrer Anverwandten auf den nach Stammessitte für sie bestimmten Bräutigam, als ihr die Kunde überbracht wurde, er habe es vorgezogen, in die Wälder zu entfliehen und auf das Eheparadies zu verzichten. **Nachdem sich die verschmähte Braut von der Richtigkeit der peinlichen Botschaft überzeugt hatte, eilte sie in vollem Brautschmuck an der Spitze ihrer Sippe ins feindliche Lager, ergriff einen Bremsknüppel und eröffnete, wie eine Wahnsinnige um sich schlagend, die Feindseligkeiten.**

Die Frauen rauften einander die Haare aus und spien sich an, die Männer schlugen mit Geschirrteilen, abgebrochenen Stuhlbeinen und Stöcken wie besessen aufeinander los, bis eine starke, von der besorgten Landbevölkerung alarmierte Polizeiabteilung einschritt und die Kämpfenden voneinander trennte. Dann stob der ganze Schwarm in der Richtung nach Waldeck davon.

Russisches.

Schließung der katholischen Kirchen.

Der russischen Emigrantenpresse zufolge haben die Sowjetbehörden in der letzten Zeit die Kirchen in Samara, Kasan, Witebsk und Nishni Nowgorod geschlossen. In der letzten Stadt wurde in der Kirche ein militärischer Klub eingerichtet. In der nächsten Zeit soll auch die katholische Kirche in Smolensk geschlossen werden.

Neue Todesurteile.

Wilna, 30. Juli. Nach einer Meldung aus Minsk fand vor dem dortigen Bezirksgericht ein Prozeß gegen vier weißrussische Bauern statt, die unter der Anklage standen, auf sowjetrussische Beamte, die bei ihnen Messungen der zu kollektivisierenden Grundstücke vornahmen, einen bewaffneten Überfall verübt zu haben. Die Beamten wurden erbärmlich verprügelt. Am nächsten Tage wurden die vier Bauern verhaftet. Sie wurden zum Tode durch Erschießen verurteilt. Der Hauptangeklagte war ein Pole namens Antoni Pilewski.

Wie man in Rußland mißliebige Beamte kalt macht.

Wie aus Sdolbunowo, der russischen Grenzstation östlich von Brest-Litowsk, gemeldet wird, wurde dort **ein Beamter des sowjetrussischen Kommissariats für Außenhandel** in seiner Wohnung mit einer Schußwunde im Kopf tot aufgefunden. Da man bei ihm keine Schußwaffe fand, vermutet man, daß er von einer Agentin der G. P. U. erschossen worden ist, besonders, da er seit längerer Zeit nicht mehr das Vertrauen seiner vorgesetzten Behörde besaß.

Der Ermordete war vor einiger Zeit nach Moskau berufen worden, um über seine Tätigkeit Rechenschaft abzulegen. Er flüchtete jedoch über die Grenze nach Polen und hielt sich längere Zeit bei Verwandten auf. Vor kurzem wurde ihm plötzlich gestattet, nach Sowjetrußland zurückzukehren und seinen alten Posten wieder zu übernehmen.

Man glaubt nun, daß er auf diese Weise über die Grenze gelockt worden ist und dort von der Frau des Leiters der Grenzwache, einer Lettin und Agentin der Tscheka erschossen wurde.

Allgemeine Schulpflicht.

Moskau, 28. Juli. (WTB.) Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei beschloß, wie die Tel.-Agentur der Sowjetunion meldet, die Einführung der allgemeinen Schulpflicht, und zwar vom Beginn des Rechnungsjahres 1930/31 für Kinder von 8, 9 und 10 Jahren und ab 1931/32 für Kinder von 11 Jahren.

Außerdem soll im Rechnungsjahre 1930/31 eine ein- bis zweijährige Schulpflicht für Kinder von 11 bis 15 Jahren eingeführt werden, die die nationale Schule nicht absolviert haben. In den Industriestädten und Arbeitersiedlungen werden ab 1930/31 Pflichtschulen mit siebenjährigem Lehrgang für solche Sowjetbürger eingerichtet, welche die Elementarschule im gleichen Jahre beendet haben. Sämtliche Parteiorganisationen sind, so bestimmt das Zentralkomitee, aufzufordern, die Einführung der allgemeinen Schulpflicht als die wichtigste politische Kampagne der ganzen bevorstehenden Periode zu betrachten.

Die Außenpolitik der P.P.S.

Eine Talentprobe des Abg. Niedziałkowski.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Der Vorsitzende des parlamentarischen Klubs der Polnischen Sozialistischen Partei, Abg. Niedziałkowski, der gegenwärtig in Prag weilt, hat sich vom Vertreter der „Lidove Noviny" über die außenpolitische Orientierung der polnischen Sozialisten interviewen lassen. Das Interview, das im jetzigen Augenblick ein besonderes Interesse zu wecken geeignet ist, lautet wörtlich:

Welchen Standpunkt nehmen die polnischen Sozialisten Deutschland gegenüber und besonders in der Frage der von Deutschland verlangten Revision der polnischen Westgrenzen ein?

„Vor allem ist zu unterstreichen, daß wir polnischen Sozialisten zur Grundlage unserer international-politischen Orientierung das Genfer Protokoll vom Jahre 1924 nehmen, das eine synthetische Entscheidung war, indem es die Probleme der Arbitrage, der Abrüstung und der Sicherheit, zu einem untrennbaren Ganzen verschmolz. Wir möchten, daß die Beziehungen zwischen den Staaten durch die Ideen und Leitlinien des Genfer Protokolls vorgezeichnet würden. Für den Fall, daß das Genfer Protokoll in dieser oder jener Form nicht verwirklicht werden sollte, werden wir danach streben, daß die internationalen Streitigkeiten durch friedliche Mittel erledigt werden. Beim guten Willen aller interessierten Parteien ist dies möglich.

Aenderungen der westlichen Grenzen weisen wir zurück.

Wir werden auf den sogenannten Korridor nicht verzichten, nicht nur aus Gründen wirtschaftlicher Natur, sondern vor allem auch deswegen, weil wir nicht zulassen können, daß mehr als 75 Prozent bewußter Polen, die das Territorium des Korridors bewohnen, unter fremde Herrschaft zurückkommen. Wir sind zur Verständigung mit Deutschland auf diesem Territorium in wirtschaftlichen und Kommunikationsfragen bereit."

Was ist euer Standpunkt der Kleinen Entente gegenüber?

„Gemäß den Prinzipien der Friedenspolitik, die das Genfer Protokoll vorzeichnet, wünschen wir ein friedliches Zusammenleben mit allen Staaten, vor allem aber mit den Nachbarn. Es ist eine natürliche Sache, daß wir den Grundsatz freundschaftlicher Beziehungen zu Frankreich beibehalten. **Außerdem bemühen wir polnische Sozialisten uns, daß Polen die freundschaftlichsten Beziehungen zur Kleinen Entente und zu den baltischen Staaten unterhalte.** Jetzt wünschen die polnischen Sozialisten insbesondere

eine enge Zusammenarbeit mit dem Tschechoslowakei.

Die Mißverständnisse der Vergangenheit sind schon überwunden, und die Aufmerksamkeit muß auf die Zukunft gerichtet werden. Unser Streben nach Zusammenarbeit mit der Kleinen Entente zeichnet uns auch unser Verhältnis zu Ungarn vor. **Man kann die polnischen Interessen in der Richtung der Erhaltung des Status quo mit den ungarischen revisionistischen Bestrebungen nicht vereinbaren. Wenn wir an der Regierung teilnehmen werden — hoffen wir, daß diese Zeit nicht ferne ist —, werden wir Gelegenheit haben, die praktischen Konsequenzen aus unserer außenpolitischen Orientierung zu ziehen, mit der übrigens auch andere Parteien Polens, unter anderen eben diejenigen einverstanden sind, mit welchen die Sozialisten eine Koalitionsregierung bilden könnten."**

Wie steht euer

Verhältnis zu Rußland?

„Ich meine, daß man in Europa allzu pessimistisch die Beziehungen zu Rußland betrachtet. Meiner Meinung nach besteht gegenwärtig keine Kriegsgefahr. In Polen wünscht niemand den Krieg. Die Situation könnte gefährlich werden, wenn es in Rußland zum Sturz der Bolschewiken käme, was einen allgemeinen Wirrwarr hervorrufen würde. Ich bin aber der Ansicht, daß vorläufig nichts darauf hinweist, daß das jetzige russische Regime plötzlich gestürzt werden könnte.

Im Westen überschätzt man ebenfalls gewissermaßen die Bestrebungen auf Losreißung der Ukraine von Rußland.

Wir sind in dieser Richtung nicht interessiert. Zwischen Polen und den Sowjets gibt es heute keine ernstlicheren Mißverständnisse. Bloß die Unterstützung und Hilfe, die Rußland der kommunistischen Bewegung in Polen leistet, trübt das gegenseitige Verhältnis."

Wie stellt sich das Verhältnis Litauen gegenüber dar?

„Das Hindernis für ein gutes Verhältnis ist der von Litauen aufrecht erhaltene

Streit in der Wilnaer Frage.

Wir Sozialisten betrachten diese Frage als durch den jetzigen Zustand erledigt. Die Litauer können sich nur auf historische Reminiszenzen berufen. In ethnographischer Hinsicht haben sie auf Wilna kein Recht. In Wilna selbst gibt es nur einen unbedeutenden Prozentsatz Litauer, in der Umgegend nur einige Dörfer; sonst sind im Lande Weißrussen, Polen und Juden. Wir sind bereit, in der Richtung zu wirken, daß durch Sicherung des Verkehrs zwischen Kowno und Wilna Litauen die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Austausches von Waren, zumal Holz, mit dem Wilnaer Lande erlangen soll. Territoriale Änderungen sind nicht nötig."

Welches Programm haben die polnischen Sozialisten

in der Minderheitenfrage?

„Eigentlich haben nur die polnischen Sozialisten in dieser Frage ein stabiles und durchführbares Programm. **Wir sind für die Erteilung einer territorialen Autonomie an die Ukrainer. Die Weißrussische Minderheit ist sowohl in kultureller als auch in sozialer Hinsicht weniger reif.** Hier bedarf es vor allem einer zielbewußten Kultur- und Bildungspolitik.

„Die Fragen der deutschen und gewissermaßen der jüdischen Minderheit könnte man im Wege der personalen oder Kulturautonomie entscheiden.

Ich bemerke, daß die Juden in zwei Lager geteilt sind: die sozial schwächeren Schichten erklärten sich für das „Jiddisch", während die jüdische und zionistische Bourgeoisie für Hebräisch ist. Der Standpunkt der Sozialisten in den Minderheitenfragen wird von der „Wyzwolenie"-Partei geteilt."

*

Dieses für das Ausland berechnete, nach dem Vorbilde ministerieller Kundgebungen zurechtgemachte Interview des jungen Chefs der altersschwachen und im Marasmus erstarrten PPS bedarf einiger Erläuterungen. Der Polnischen Sozialistischen Partei geht es in der Sanierungsära besonders seit der Zeit schlecht, da sie nach dem Abfall der Regierungssozialisten (der sogenannten BBS) von der Staatskasse beinahe gänzlich abgeschnitten wurde. Die höhere Parteibureaukratie vermag noch mit Mühe die magere Zeit einigermaßen durchzuhalten, doch die mittlere Bureaukratie und zumal die kleinen Agitatoren, die Unteroffiziere der Partei, die die sozialistische Masse dressieren, sind am Verschmachten; infolgedessen greift die Verdrossenheit und Apathie verheerend um sich. Das ist gar nicht so verwunderlich, wie es scheinen könnte. Denn die PPS ist seit dem Beginn des Polnischen Staates keine Kampfpartei mehr. Um den Idealismus der Führer ist es seit langem übel bestellt. Sie bilden eine Oligarchie, die den Parteiapparat mit genügender Routine beherrscht und entwickeln reichlich alle Untugenden einer typischen Parteioligarchie. Die Sünden, die sie den Sanierungsleuten jetzt vorhalten, sind manchen PPS-Leuten auch nicht ganz fremd gewesen, als sie an der Macht teil hatten.

Die PPS ist zur entschiedenen Opposition übergegangen als sie die letzte Hoffnung auf irgendeinen Kompromiß mit der „Kryptodiktatur" verloren hatte. Eingedenk dessen, daß sie über eine begeisterungsfähige Arbeiterschaft nicht verfügt und nicht imstande ist, aus eigener Kraft die Massen gegen das herrschende Regime in Bewegung zu setzen, verbündete sie sich mit anderen Parteien oder richtiger: Parteioligarchien des Zentrums und der Linken zu dem Zwecke, um das Rad der Zeit in das abgelebte Stadium der Zustände, die vor dem Mai 1926 bestanden hatten, zurückzudrehen. Sicher entsetzen sich die kleineren Korruptionisten von ehemals mit Recht vor der viel größeren Korruption der Sanierungswirtschaft. Aber wiewohl die Parole der vereinigten Zentrolinken: „Zurück zur parlamentarischen Demokratie" unter den jetzigen Umständen durchaus berechtigt ist, kann man sich der Befürchtung nicht enthalten, daß der Sturz des faulen Sanierungsregimes nicht notwendig zu einem Regime führen muß, das die Ideale der parlamentarischen Demokratie und eines modernen freiheitlichen Staatswesens zu verwirklichen ehrlich bestrebt sein würde.

Die Zentrolinke denkt sich nach dem Sturz des kryptodiktatorischen Sanierungsregimes als Koalitionskabinett zu etablieren. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Vorbesprechungen über die Verteilung der Portefeuilles zwischen den Spitzen der Parteioligarchien der Zentrolinken bereits stattgefunden haben. Man kennt ungefähr die Appetite der einzelnen Koalitionsparteien. Nicht alle Begierden werden gestillt werden können. Aber manche Ministerien wittern schon ihren künftigen Chef. Die PPS muß unbedingt das Arbeitsministerium bekommen. Sie wird sich um die Übernahme des Verkehrsministeriums sehr bemühen. Fraglich ist für sie das Ministerium für öffentliche Arbeiten. Vieles spricht aber dafür, daß Abg. Niedziałkowski als Chef ins Außenministerium einzieht. Er wird zu dieser Rolle schon seit langem von seiner Partei erzogen und in den Vordergrund geschoben. Schon im Jahre 1924 wurde er den in Polen akkreditierten Diplomaten gegenüber als kommender Außenminister bezeichnet und empfohlen. Unmittelbar vor dem Maiumsturz galt es als logische Konsequenz:

nach Skrzyński kommt Niedziałkowski.

Die Abteilungschefs im Außenministerium verhielten sich sogar entsprechend. Nach dem Maiumsturz kam aber die Überraschung: Piłsudski wollte nichts von Niedziałkowski wissen und berief Zaleski, einen Berufsdiplomaten.

Während der Sanacjazeit wurde Niedziałkowski mit Beflissenheit in die Führerstellung der Partei befördert. Denn er ist in Wirklichkeit die zum Paktieren mit nichtsozialistischen, sogar reaktionären Parteien geeignetste Person; in ihm verkörpert sich sehr natürlich die Synthese zwischen der sozialistischen Phrase und dem nationalistischen polnischen Instinkt. Man weiß doch, daß er innerhalb der Partei der Sprecher der Zentro-Rechten, der konservativen traditionalistischen Elemente ist, was zu seinen salonmäßigen Manieren gut paßt. Dieses dem Jünglingsalter nicht allzu lange her entwachsene, vielleicht unbedeutendste Mitglied hat die PPS-Oligarchie — sicher nicht ohne den Wunsch Daszyńskis — dazu bestimmt, daß er sich in der Leitung der Außenpolitik Polens versuche.

Da Niedziałkowski als Außenminister zu der Anzahl von Möglichkeiten gehört, mit der zu rechnen ist, verdient sein Interview, das er in Prag der dortigen Zeitung „Lidowe Noviny" zur Veröffentlichung gegeben hat, aufmerksam gelesen zu werden. Das Charakteristische an diesen für das Ausland bestimmten Äußerungen eines sozialistischen Parteichefs ist vor allem dies, daß sie, einige der PPS-Tradition Rechnung tragende Wendungen und den Passus über die Minderheiten ausgenommen, auch von Zaleski getan und von ihm unterzeichnet, ja sogar von der gesamten nationalistischen Rechten vollkommen gebilligt werden könnten. Bei der Formulierung des Standpunktes der polnischen Sozialisten Deutschland gegenüber kommt diesem Leader einer sozialistischen Partei, die der II. Internationale angehört, keine sozialistische Lösungsformel in den Sinn, obwohl sich eine finden ließe, eine, die sich aus dem Wesen des Sozialismus ergibt.

Sehr weit kommt Niedziałkowski, im Gegensatz zu gewissen Tendenzen eines Teiles des Sanierungslagers, dem endekischen außenpolitischen Ideengange entgegen — durch besondere Betonung der freundschaftlichen Beziehungen zur Kleinen Entente und des Bestrebens der polnischen Sozialisten, eine enge Zusammenarbeit mit der Tschechoslowakei zu fördern. Also Petrifikation der Diktate der im Weltkriege siegreichen imperialistischen Entente-Mächte!

Das Interview schließt mit einer kleinen Abschwenkung in die Minderheitenpolitik. Die PPS bekennt sich in der Frage der nationalen Minderheiten zu gewissen Forderungen, die sie aus innerpolitischen und Propagandagründen nicht verschweigen mag und sogar gerne verkündet. Die bürgerlichen, offen nationalistischen Koalitionsgenossen können es der PPS nicht übel nehmen, daß sie z. B. den Ukrainern in Polen territoriale Autonomie einzuräumen entschlossen ist. Die Verwirklichung dieses Postulats ist doch so lange eine Utopie, als die radikale Linke nicht die überwiegende Mehrheit im polnischen Parlament bildet. Damit hat es noch weite Wege. Und wenn es möglich sein sollte, daß die Sozialisten im polnischen Parlament einmal ausschlaggebend sein würden, werden sie bis dahin das ideologische Erbe der anderen polnischen Parteien so weit in sich eingesogen haben, daß die Forderung der territorialen Autonomie der Ukrainer aus ihrem Programm verschwunden sein wird. Inzwischen machen diese keine praktischen Konsequenzen habenden großmütigen Verheißungen vor dem Auslandsforum einen guten Eindruck.

Übrigens sprach Niedziałkowski noch nicht als Außenminister, sondern nur im Namen seiner Partei. Als Außenminister wird er die Frage der Nationalen Minderheiten in Polen sicher anders anfassen, nicht zur Unzufriedenheit der Piasten, Chadeken und sogar der Endeken. Das Prager Interview des Abg. Niedziałkowski erscheint also als eine für den Inlandszweck bestimmte Befähigungsprobe. Niedziałkowski empfiehlt sich als Kandidat für den Außenministerposten im künftigen Kabinett der Zentrolinken.

Das 38. Opfer

des Koblenzer Unglücks geborgen.

Neuwied, 31. Juli. In Oberwinter wurde der seit dem Tage des Koblenzer Einsturzunglücks vermißte 22jährige Zahntechniker Richard Kraemer aus Neuwied als Leiche gelandet. Kraemer war zur Zeit des Unglücks auf der Brücke und muß, obgleich er ein guter Schwimmer war, von dem Menschenknäuel ins Wasser gezogen worden und ertrunken sein. Seine Leiche wurde dann in den Rhein abgetrieben. Damit erhöht sich die Zahl der Opfer der Koblenzer Brückenkatastrophe auf 38.

Zoppoter Waldfestspiel-Aufführung:

„Der Freischütz“

Romantische Oper von Carl Maria von Weber.

So uneingeschränkte Bewunderung auch in diesem Jahr der bewährten Spielleitung von Hermann Merz dargebracht wird, ist in einem Punkt Unzufriedenheit im Publikum bemerkbar: die Regie hat verabsäumt

„mit des Wettergottes Mächten
einen Trocken-Bund zu flechten!“

Schon die Generalprobe mußte starken Regens wegen im 2. Bild abgebrochen und erst am nächsten Abend zuende geführt werden. Die erste Waldoper-Aufführung am Sonntag erlitt das gleiche Schicksal. Wer nun annahm, daß Petrus mit der vielen Feuchtigkeit sein Mütchen gekühlt haben würde, mußte erleben, daß er sich für die 2. Aufführung am Dienstag einen besonderen Trick ausgedacht hatte. Im zweiten Bild, als Agathe kündet, daß ein Wetter aufzieht, riß der Donnergott höchsteigenhändig den Regiestab an sich und ließ unter sanften Regenschauern naturechte Blitze und kräftiges Donnerrollen erschallen. Die Sängerinnen legten daher ihre Rollen nieder und das Publikum trat in Sympathiestreik! Nach kurzer Unterbrechung lächelten über diesen „himmlischen Scherz“ die Sterne wieder sanft hernieder, und die Fortsetzung dieser lieblichen Oper wurde zum ungetrübten Genuß. —

Mit der Wahl dieses liebenswürdigen, volkstümlichen, echt deutschen Werkes hat man eine glückliche Hand bewiesen. Ist doch kaum eine andere Oper dem Charakter der Waldbühne so angepaßt, wie gerade „Der Freischütz“. Hinzu kommt, daß die melodienreiche Musik mit ihrer herzerfrischenden Art noch heute alle in ihren Bann zieht.

Daß die Aufführung zu einem Erfolg ersten Ranges wurde, ist ein Verdienst des künstlerischen Leiters der Zoppoter Waldoper, Hermann Merz, der im Verein mit seiner kunstbeflissenen Gattin, Etta Merz, äußerst wirkungsvolle Bilder geschaffen hat. Besondere Erwähnung verdient die großartige, naturechte Inszenierung der Wolfsschlucht-Szene, die bekanntlich an die Bühne beträchtliche Anforderungen stellt. Aber auch die großen Volksszenen zeigten wieder einmal, daß Merz gerade diese Aufgaben glänzend zu lösen versteht.

Der musikalische Leiter, Prof. Max von Schillings, zeigte sich wie in den Vorjahren auch diesmal als feinsinniger Interpret des Werkes.

Für die Hauptrollen sind wieder erste Kräfte gewonnen worden. Die Agathe der Käte Heidersbach (Staatsoper Berlin) ließ keinen Wunsch offen; sie spielte schlicht und natürlich. Ihr süß-schwebender Sopran kam dem Wesen dieser Partie ungemein zugute. Neben ihr behauptete sich vollauf Else Blank (Staatsoper Karlsruhe), die ein lebensprühendes Annchen auf die Bühne stellte und durch ihren glockenreinen Sopran entzückte. Den Bösewicht Kaspar charakterisierte Adolph Schöpflin (Staatsoper Karlsruhe), der über einen ausgeglichenen Bariton verfügt, eindrucksvoll als „wilden Jäger“. In Gotthelf Pistor (Bayreuther Festspiele) offenbarte sich ein Künstler, der mit seinem wundervollen, dunkelgefärbten Tenor, seinem von stolzer Männlichkeit getragenen Spiel geradezu eine Ideal-Figur des Jägerburschen Max darstellte. Auch die kleineren Rollen des Kuno: Wilhelm Spering, (Städt. Oper Berlin), des lustigen Kilian: Waldemar Henke, (Staatsoper Berlin), des ehrwürdigen Eremiten: Ernst Osterkamp, Opernhaus Leipzig und des Grafen Ottokar: Witold D'Antone, Danziger Stadttheater, waren so hervorragend besetzt, die Chöre gesanglich und spielerisch so auf der Höhe, daß die Aufführung wohl für jeden ein unvergeßlicher Genuß bleiben dürfte. Begeisterter Beifall und Blumenspenden brachten dies zum Ausdruck. H. Sch.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 1. August.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet noch unbeständiges, größtenteils aber trockenes und heiteres Wetter bei mäßiger Wärme an.

August.

Während wir dem Monat Juli mit gewisser Sorge entgegensahen, ob er uns eine Fortsetzung der fast unerträglich gewordenen Hitzewelle des Monats Juni bringen werde, können wir bei dem Gedanken an den Monat August uns kaum vorstellen, daß nun schon der letzte Sommermonat gekommen ist. Nach der vorsommerlichen Hitze brachte der Juli eine große Enttäuschung. Wird nun endlich der August das jetzt allgemein ersehnte warme Sommerwetter bringen? Jetzt wünschen es sich alle. Die Kur- und Badeorte klagen über schlechten Besuch; denn viele der Reisenden haben sich entschlossen, wegen der ungünstigen Witterung ihren Aufenthalt abzubrechen und den Rest ihres Urlaubs lieber zu Hause zu verbringen.

Mit besonderer Sorge sieht der Landwirt dem künftigen Wetter entgegen; denn da der August der Monat der Ernte ist, in dem sich die mühevolle Arbeit der vorhergehenden Zeit erfüllen soll, ist schönes Wetter unbedingt erforderlich. Wie oft ist es nicht schon vorgekommen, daß die schönsten Hoffnungen des Landwirtes, die er auf Grund des bisherigen Wachstums des Getreides hegen durfte, durch die ungünstige Witterung in den Erntetagen vernichtet wurden! Wie ängstlich der Landwirt das Wetter beobachtet, geht schon aus der Bauernregel hervor: „Der Sonne im August ist nicht zu trauen“.

Der altdeutsche Kalender frug der wesentlichsten Bedeutung des jetzt achten Monats des Jahres Rechnung, indem er ihn Ernte- oder Ährenmonat nannte. An die Ernte erinnert auch die Bezeichnung Arant-Monat (Ähren-Monat). Im vorjulianischen und auch noch im julianischen Kalender war der August nicht der achte, sondern der sechste Monat; er hieß deshalb auch Sextilis. Seinen Namen Augustus erhielt er im Jahre 7 v.Chr. vom Kaiser Augustus bei Berichtigung des Schaltwesens. Der Kaiser gab diesem Monat deshalb seinen Namen, weil er in ihm die meisten Schlachten gewonnen hatte.

Der 1. August gilt vielfach als Unglückstag, weil an ihm Satan aus dem Himmel gestoßen wurde; früher wurde am 1. August in der Leibmesse dem Herrn des Himmels Brot aus neugeerntetem Korn geopfert. In der Kirche ist seit dem Jahre 440 das Fest Petri-Kettenfeier mit diesem Tage verbunden. Im August ist auch der Volksbrauch des Hahnenschlagens üblich.

Auch das hätte man sich denken können.

Die polnische chauvinistische Presse hat vor einiger Zeit einen schönen Spielball für ihre Leser erfunden. Es war dies die Angelegenheit der Bombenattentate auf Automobile, die in der Nähe von Posen ausgeführt wurden. Wie wir berichtet haben, waren einige findige Köpfe sofort dahinter gekommen, wer die eigentliche Schuld an den Attentaten hat. Es waren, wie man sich das ja leicht sagen konnte, natürlich die ††† bösen Deutschen.

Den Lesern lief ein leichter Schauer über den Rücken, als sie von der Gründung einer deutschen Geheimorganisation erfuhren, die mit Bomben und Granaten das Verkehrswesen rund um Posen unsicher zu machen hatte, um die Posener Verkehrsausstellung in einen schlechten Ruf zu bringen und zu boykottieren. Als ob irgendeinem Deutschen etwas daran hätte liegen können, daß die Ausstellung, die ja schließlich auch aus unseren Steuergeldern subventioniert wird, schlechte Geschäfte macht! Jedes Unternehmen empfiehlt sich durch seine Qualität und wenn, wie die polnische Presse schreibt, die Chausseen rund um Posen wie ausgestorben dalagen, da waren bestimmt nicht nur die drei Bombenattentate daran schuld.

Der mit dem Geist des Hasses aufgeblasene Spielball notorischer Hetzer schrumpft aber mehr und mehr zusammen und noch immer nicht hat man sich daran machen können, die „ungeheuere Geheimorganisation“ aufzudecken. Was nämlich nicht da ist, kann nicht aufgedeckt werden, und die Sensation der antideutschen Presse von vorgestern schrumpft immer mehr zu einer kümmerlichen Ente zusammen.

Der amtliche Bericht über die durchgeführte Revision besagt, daß man bei verschiedenen Personen Explosivstoffe und Waffen gefunden hat. Die betreffenden Personen werden sich vor Gericht zu verantworten haben. Über eine eigentliche Aufklärung der Bombenattentate ist bisher jedoch noch nichts bekannt.

§ Tödliche Folgen eines Speerwurfs. Wie wir in unserer gestrigen Ausgabe berichteten, wurde das 18jährige Mitglied Granc des hiesigen Sokols bei Übungen auf dem Sportplatz in Jagdschütz von einem Speer getroffen und am Kopf verletzt. Einige Stunden darauf ist der Bedauernswerte seinen Verletzungen erlegen.

§ **Ein Betrüger verhaftet.** Vor geraumer Zeit berichteten wir über einen Betrüger, der sich als Doktor der Medizin ausgab und in dieser Eigenschaft im Eisenbahnzuge nach Bromberg die Bekanntschaft einer jungen Brombergerin machte, von der er sich 150 Złoty lieh und ihr dafür „die Schlüssel seiner Wohnung“ überließ. Wie sich herausstellte, war die junge Dame einem Schwindler in die Hände gefallen. Nunmehr ist es der Polizei geglückt, seiner habhaft zu werden. Wie die näheren Untersuchungen ergaben, handelt es sich um einen gewissen Abraham Cohn, dessen Spezialität darin bestand, als Heiratsschwindler aufzutreten und sich auf diese Weise größere Geldsummen anzueignen, die ihm stets bereitwilligst von seinen jeweiligen „Bräuten“ vorgestreckt wurden. Meistenteils stellte er sich als Dr. Kurow oder Adam Janowski vor. Sein Arbeitsfeld erstreckte sich meist über die Wojewodschaften Posen und Pommerellen, wobei er die Städte Bromberg, Dirschau, aber auch Danzig und Zoppot besonders bevorzugte. Der Betrüger ist in das Gerichtsgefängnis in Dirschau eingeliefert worden.

§ **Ein bedauerlicher Unglücksfall** ereignete sich in den Vormittagsstunden des 30. Juli in der Brückenstraße. Dort fiel eines der großen Glasschilder des Café Bristol von der Mauer und zerschlug auf dem Eisengerüst der Kinoreklame. Durch die herabfallenden Splitter wurde die Frau Witkowska, die mit ihrem fünfjährigen Söhnchen vorbeikam, verletzt. Der Knabe trug zahlreiche Wunden an den Füßen und am Kopf davon. Frau und Kind wurden in das Krankenhaus geschafft, wo sie sich einer Operation unterziehen mußten.

§ **Zu einer Schießerei** kam es in der Nacht zum 31. v. M. in der Elisabethstraße (Sniadeckich). Zwischen vier Betrunkenen entstand aus unbekannten Gründen ein heftiger Streit, während dessen Verlauf der eine einen Browning zog und auf seine Gegner zu schießen begann. Glücklicherweise gingen sämtliche Schüsse fehl. Alle vier Radaubrüder wurden von der Polizei verhaftet.

§ **Diebstahlschronik.** Die Steinstraße (Zamojskiego) 6 wohnhafte Frau Kasimiera Radłowska meldete den Diebstahl goldener Medaillen mit Ketten und einer Uhr im Gesamtwert von 130 Złoty. — Dem Aufseher des städtischen Stadions, Bernhard Wedel, wurden zwei Räder eines neuen Handwagens gestohlen. — Zwei Hühner und ein Kaninchen wurden dem Ziemskastraße 4 wohnenden Thomas Szczerbowski entwendet.

§ **Festgenommen** wurden laut letztem Polizeibericht ein Flüchtling aus der Erziehungsanstalt, ein Betrunkener und zwei Frauen wegen Übertretung sittenpolizeilicher Vorschriften.

* **Crone** (Koronowo), 31. Juli. Der heutige Wochenmarkt war gut beschickt. Man forderte für Butter 1,90 bis 2,20, Eier 1,70—2,00 die Mandel, Weißkäse 0,40—0,50, junge Tauben 1,60—1,80 das Paar, junge Hühnchen 1,50—2,50, Suppenhühner 4,00—5,50, Enten 4,00—5,00. Auf dem Gemüsemarkt zahlte man für Weißkohl 0,10, Rotkohl 0,20, Tomaten 1,40—1,70, Wirsingkohl 0,20, Mohrrüben 0,10 Bdch., Zwiebeln 0,10 Bdch., gelbe Bohnen 0,30, grüne Bohnen 0,25, rote Rüben 0,25 das Pfund, Gurken 0,20—0,25 das Pfund, Kartoffeln 5,00—7,00 der Zentner, Kirschen 0,40 der Liter, Blaubeeren 0,50 der Liter, Stachelbeeren 0,50 der Liter, Pilze 0,50—1,00 die Metze, Blumenkohl 0,20—0,80 der Kopf, Äpfel 0,15—0,50 das Pfund. Fette Schweine brachten 80 bis 95 Złoty pro Zentner; Ferkel wurden mit 50—70 Złoty pro Paar gehandelt.

v. **Argenau** (Gniewkowo), 31. Juli. Auf dem heutigen Wochenmarkt wurden folgende Preise notiert: Butter 2,20—2,40, Eier 1,80—2,00, Mohrrüben 0,15—0,20, Kohlrabi 0,20—0,25, Gurken 0,30—0,50, Blumenkohl 0,40—0,60 pro Kopf, Weißkohl 0,30—0,50, Tomaten 0,50—0,80, Schnittbohnen 0,35—0,50, Zwiebeln 0,10, neue Kartoffeln 0,10 pro Pfund, alte 2,00—2,50 der Zentner, Süßkirschen 0,30—0,60, Sauerkirschen 0,20—0,40, Blaubeeren 0,30—0,50, junge Gänse 7,00—8,00, Enten 4,00—5,00, Suppenhühner 4,50—5,00, Hühnchen 1,80—2,50 das Stück und Tauben 2,00 das Paar.

v. **Teklin**, 31. Juli. Tod durch Blitzschlag. Bei einem schweren Gewitter wurde auf dem Felde der Gutsbesitzer Konstantin Rembowski vom Blitz erschlagen. **Das ihn begleitende Mädchen erhielt schwere Brandwunden, denen es kurz darauf erlag.**

◯◯ **Pudewitz** (Pobiedziska), 31. Juli. Durch Blitzschlag vernichtet wurde die große dreitennige Scheune des zur Herrschaft Säkzewo gehörigen Vorwerks Slawno, die mit Roggen, Weizen und Gerste vollgepackt war. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. — Auf dem hiesigen Marktplatz scheuten die Pferde eines Gespanns vor einer Autodroschke. Die Pferde durchliefen die Bahnhofstraße und überrannten eine alte Frau, die nicht schnell genug ausweichen konnte. Die alte Frau blieb besinnungslos liegen, aus verschiedenen Wunden blutend, und wurde nach Posen ins Krankenhaus gebracht.

Freie Stadt Danzig.

* **Zusammenstoß zwischen Auto und Straßenbahn.** Mittwoch nachmittag gegen 2¾ Uhr erfolgte auf dem Heumarkt zwischen dem Hohen Tor und dem Kaiser Wilhelm-Denkmal ein heftiger Zusammenstoß zwischen einem Motorwagen der Straßenbahn Linie 1 (Danzig-Langfuhr) und einem Personenkraftwagen. Die Straßenbahn wollte nach dem Kohlenmarkt fahren, als der Kraftwagen, den ein Hofbesitzer aus Zugdam fuhr, vom Karrenwall kommend, direkt vor die Straßenbahn geriet, weil dessen Führer seine Aufmerksamkeit einer Frau widmen mußte, um sie nicht zu überfahren. Das Auto wurde von der Straßenbahn etwa drei Meter mitgeschleift und von dem Untergestell des Motorwagens festgeklemmt; es ist vollständig demoliert worden. Bei der Straßenbahn wurde nur der Anstrich leicht beschädigt. Der Kraftwagen mußte abgeschleppt werden. Durch den Unfall trat eine Verkehrsstörung von 15 Minuten ein. Die Schuldfrage konnte noch nicht geklärt werden. †

* **Zwei Pferde getötet.** Bei dem Unwetter, das, wie wir berichteten, am Mittwoch über Danzig niederging, schlug gegen 4.25 Uhr nachmittags der Blitz in die Oberleitung der Straßenbahn auf dem Marktplatz Stadtgebiet ein. Ein Beamter der Schutzpolizei, der dort den Postendienst versah, hatte den Vorgang beobachtet und bemerkt, wie die Leitung Feuer fing. Das oberhalb der Einschlagstelle befindliche Schutznetz wurde durch den Blitzschlag unter Strom gesetzt. Der Draht riß in der Mitte und fiel auf die Straße. In diesem Augenblick kam der Händler Kurt Stellmach aus Guteherberge mit seinem Pferdefuhrwerk aus Danzig und wollte die Straße Stadtgebiet in Richtung Ohra befahren. Der Schupobeamte gab St. sofort das Haltezeichen und machte ihn auf die drohende Lebensgefahr aufmerksam. Da aber um diese Zeit an der Unfallstelle aus beiden Richtungen reger Verkehr herrschte, war der Beamte gezwungen, auch die anderen Fahrzeuge anzuhalten. Infolge des starken Regens muß St. die auf der rechten Seite der Straße liegenden Drähte nicht gesehen haben. Als der Beamte die anderen Fuhrwerke anhielt, bog St. mit seinem Fuhrwerk doch einige Meter nach rechts. **Dabei gerieten beide Pferde in die Drähte, kamen zu Fall und verendeten bald darauf.** Unmittelbar nach dem Fall versuchte St. die Pferde abzusträngen, was der Beamte glücklicherweise noch rechtzeitig verhindern konnte; andernfalls wäre St. möglicherweise dabei tödlich verunglückt. †

Aus den deutschen Nachbargebieten.

* **Flatow**, 31. Juli. Auf ein ausgedehntes Steinkistengräberfeld ist man bei Erdarbeiten in Wittenburg gestoßen. Bisher sind etwa acht Steinkistengräber freigelegt. Es handelt sich um germanische Begräbnisstätten aus dem achten und fünften vorchristlichen Jahrhundert. Die Gräber sind noch gut erhalten. Auch die Urnen konnten in gutem Zustande geborgen werden. Die Ausgrabungen werden vom staatlichen Vertrauensmann für die Bodenaltertümer der Provinz, Dr. Friedrich Holter aus Schneidemühl, vorgenommen. Wie Dr. Holter dazu mitteilt, handelt es sich bei den prähistorischen Funden um germanische Begräbnisstätten der früheren Eisenzeit, der Zeit des achten bis fünften vorchristlichen Jahrhunderts. Immer mehr ergibt sich durch das Bekanntwerden solcher Funde, daß die Grenzmark in jener Zeit rein germanischer Volksboden gewesen sein muß. Die Grabkisten sind ausgepflastert und besonders sorgfältig und zumeist rechteckig gesetzt, mit einem erheblichen Steinmantel umgeben. Die Ausgrabung befindet sich noch in vollem Gange und dürfte noch die ganze Woche in Anspruch nehmen. Bisher sind weitere sechs Kisten entdeckt, die in den folgenden Tagen freigelegt werden.

* **Ueckermünde**, 31. Juli. Eine Kuh überfällt eine alte Frau. Die 75 Jahre alte Witwe Wolff, die auf der Försterei Karpin wohnt, saß auf dem Hofe beim Kartoffelschälen, als sich plötzlich eine Kuh auf sie stürzte und ihr so schwere Verletzungen beibrachte, daß die alte Frau in das Krankenhaus Bethanien nach Stettin gebracht werden mußte.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 1. August 1930.

Krakau — 2,92, Zawichost + 0,68, Warschau + 0,60, Plock + —, Thorn — 0,16, Fordon — 0,19, Culm — 0,30, Graudenz — 0,11, Kurzebrak + —, Piekel — 0,65, Dirschau — 1,02, Einlage + 2,38, Schiewenhorst + 2,58.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft i. V. Marian Hepke; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann, G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 176

Am Mittwoch, dem 30. d. Mts., 9 Uhr abends, starb nach kurzem, aber schweren Leiden mein lieber, teurer Mann, unser Bruder, Schwager und Onkel

Jan Dąbkowski

im Alter von 66 Jahren. 3806

Dies zeigt tiefbetrübt an
Luise Dąbkowska
geb. Schmidt.

Bydgoszcz, den 1. August 1930.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 3. August, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause Nakelerstraße 83 aus auf dem alten kath. Kirchhof statt.

Unterricht
in **Buchführung Maschinenschreiben Stenographie Jahresabschlüsse**
durch 8281
Bücher-Revisor
G. Vorreau
Marszałka Focha 43.

Polnisch erteilt gepr. Lehrerin
Gdańska 39, 1 r. 2277

Kutschwagen
Parkwag., Selbstfahrer, Cabriolettwagen sowie **Klappwagen** offeriere billigst; auch werden alte **Kutschwagen** saub. u. reell aufgearbeitet.
Zimmer, 3224
Nakło n/N., Rynek 365.

Chem. Waschanstalt u. Färberei
Dampf- und elektr. Betrieb
8410 **H. Grittner, Nakło.**



Dankſagung.

Für die beim Tode unseres lieben Vaters uns erwiesene Aufmerksamkeit und Liebe erlauben wir uns unseren

herzlichsten Dank

auszusprechen.

Albert Brunk
Ernst Brunk
8420 **Hans Brunk.**

Pa. Bowlen-Wein
Alfoelder 1928 per Flasche 3.50 zł
W. Maćkowiak, Toruń
vorm. Sultan & Co. 7562

---

4 Schlager
für jeden Markt- und Straßenhändler, auch Interessenten, unt. and.:
Verwandlung einer Streichholzschachtel in eine Spielkarte usw.
Wer sieht, kauft sofort. Gegen Einsendung von **3,00 Zł.** auf P. K. O. Nr. 306 251 werden 4 Muster zur Einführung franko sofort abgesandt. Hoher Verdienst zugesichert. **„Patria",** Wytwórnia aparatów i zabawek, **Król.-Huta G.-S.,** 3go Maja 56 (Janasa 3). 8416

Damen- und Herrenwäsche
Strümpfe – Trikotagen
Handschuhe und Kurzwaren
kauft man am billigsten in der Detailabteilung der
Großhandlung 8231
A. i W. Ziętak
Mostowa 4 Bydgoszcz Mostowa 4

Kirchenzettel.

Sonntag, d. 3. August 1930 (7. S. n. Trinitatis).
* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.
Fr.-T. = Freitaufen.

Bromberg. Paulskirche. Vorm. **8** Uhr: Pfarr. Wurmbach, Nachm. 5 Uhr Versammlung des Jungmädchen-Vereins im Gemeindeh. Donnerstag, abends 8 Uhr, Bibelstunde im Gemeindehause Pfarr. Hesekiel.

Evangl. Pfarrkirche. Vrm. 10 Uhr: Pf. Hesekiel, Dienstag, abds. 8 Uhr Blaukreuz-Versammlung im Konfirmandensaale.

Christuskirche. Vorm. 10 Uhr Pfr. Wurmbach. Montag 8 Uhr Uebungsstunde des Kirchenchors, Dienstag, 8 Uhr Vereinsst. des Jungmänner-Vereins.

Luther-Kirche. Frankenstraße 87/88. Vormitt. 10 Uhr Gottesd.*, Pfarr. Lassahn, Nachm. 1/4 Uhr Jugendbund, 5 Uhr Erbauungsstunde und Blaukreuz-Versammlung.

Ev. Kirche (Kl.-Bartelsee) Vormitt. **10** Uhr Lesegottesdienst.

Prinzenthal. Vorm. 9 Uhr Gottesdienst, Pfr. Gauer.

Jägerhof. Vorm. 11 Uhr Gottesdienst, Pfarrer Gauer.

Ev.-luth. Kirche. Posenerstr. 13. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst, Freitag, 7 Uhr Bibelstunde.

Evangelische Gemeinschaft, Fischerstraße (Marcinkowskiego) Nr. 8 b. Abds. 6 3/4 Uhr Gottesd., Dienstag abds. 8 Uhr Gesangstunde.

Landeskirchliche Gemeinschaft. Marcinkowskiego (Fischerstraße) 8 b. 9 Uhr morg. Gebetstunde, 2 Uhr nchm. Sonntagschule, 4 1/2 Uhr Jugendbundstd., abds. 8 Uhr Evangelisation, Pfarrer Hesekiel, Mittwoch 8 Uhr Bibelstunde, Pfarrer Hesekiel.

Kruschdorf. Vorm. 10 Uhr Lesegottesdienst.

Cielle. Nachm. **5** Uhr Predigtgottesdienst.

Lochowo. 10 Uhr Lesegottesdienst.

Wtelno. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst.

Weichselhorst. Vormitt. 10 Uhr Gottesdienst.

Elsendorf. Vorm. 8 Uhr Andacht.

Grünkirch. Vorm. 11 Uhr Andacht.

Ronek. Nachm. 3 Uhr Andacht.

Nakel. Vorm. 9 1/2 Uhr: Gottesdienst.

Universität Köln.
Winter-Semester 1930/31. 8248

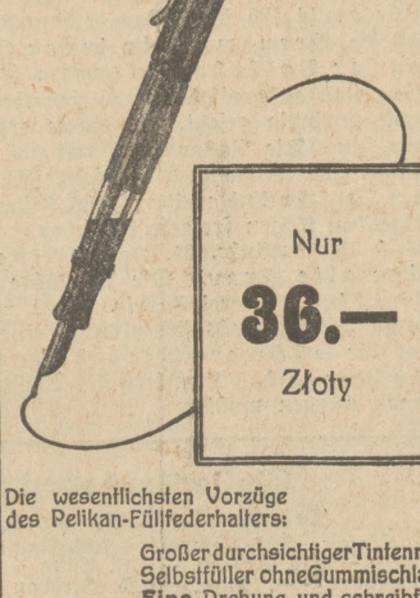
Wirtschafts- u. Sozialwissenschaftliche-, Rechtswissenschaftliche-, Medizinische- (auch vorklinische Semester) und Philosophische Fakultät. Kaufmännisches- und Handelslehrerstudium. **Vorlesungsbeginn:** Montag, den 3. November. Die Einschreibefrist läuft vom 15. Oktober bis 11. Novemb. einschl. Das Vorlesungsverzeichnis kann v. Universitätssekretariat geg. Einsendung von 50 Rpf. (dazu 15 Rpf. Porto) bezogen werden.

Nehme gleich od. Herbst, auch über Winter, noch **junge Mädchen** in Pens. z. Erlern. all. Haushaltszw., Küche, Gefl., Gart., Schneiderei, Weißnäh., Gymnast. Kurse, auf längere od. kurze Zeit (auch Bräute). Französ. Groß. Jugendkreis. Herzl. Familienanschluß. Schönste Gegd. Groß. See, Wald, evtl. Reiten. Refer. Auch engl. Sprachkurse.

Ebenso **Schülerinnen,** die bestgeleitet. Realgymn. Malchin bes. wollen. Schulzüge 10 Min.

Frau v. Roon geb. **Gräfin Bassewitz, Gorschendorf** b. Malchin (Meckl. Schweiz) am Cummerower See. 8405

Pelikan



Die wesentlichsten Vorzüge des Pelikan-Füllfederhalters:

Großer durchsichtiger Tintenraum.
Selbstfüller ohne Gummischlauch.
Eine Drehung und schreibfertig.
Kein Anstoßen der Feder beim Hineingleiten in die Kappe.
Luftdichter Verschluß.

Zu beziehen durch:

A. DITTMANN T. Z O. P
Telefon 61 **Bydgoszcz** Marsz. Focha 45

Wer ert. abds. Unterricht in deutscher **Stenographie** (System Gabelsb.). Zuschr. erb. **Kolaszewska, Łokietka 25** 3802

Kacheln
weiß u. farbig
zu billigsten Preisen

Transportable Kachelöfen

Eiserne Kochherde

in großer Auswahl ständig auf Lager.
D. Schöpper,
Bydgoszcz, ul. Zduny 5.
Telefon 2003. 8232

Heirat

Gutsbesitzer
40 Jahre, Ldw.-Offiz., 900 Mrg., Bez. Königsberg u. Ostseebad, sucht Dame (15000 M. barBedingung), zwecks
Heirat.
Gefl. Zuschriften unter **D. 8385** an d. Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Einheiratungen.
Viele vermögd. Damen wünsch. **glückl. Heirat.** Herren a. ohne Vermög. sofort Auskunft. 4578
Stabrey, Berlin,
Stolpischestr. 48.

Reell.
Netter evgl. **Landwirtssohn,** 25 Jahre alt, 8000 zl Verm., wünscht Bekanntschaft mit Damen im Alter v. 20—30 Jahr. zwecks
Heirat.
Am liebsten Einheirat in Landwirtschaft gleich welcher Art. Offert. mit Angabe d. Verhältnisse, möglichst m. Bild, welch. zurückges. wird, erbet. Zuschrift. unter **P. 8386** an die Geschäftsst. d. Z.

Aelt., solider Landwirt **sucht eine Frau** (auch Einheirat. Off. unt. **N. 3799** a. d. Geschst. d. Ztg.

Geldmarkt

Stiller Teilhaber
für sich. Geschäft gesucht. Off. u. **D. 3800** a. d. G. d. Z.

Stellengesuche

Administrator.
Suche für meinen Administrator, den ich aufs wärmste empfehlen kann, zum 1. 10. d. J. evtl. später **ähnliche Stellung.** Alles andere schriftlich. Gefl. Angeb. an **E. Schmeller, Dom. Brzeski,** poczta Zduńska Wola, Skrzynka Nr. 3, pow. Łaski. 8326

Gutsverwalter
ledig, der das mittl. Alter überschritten hat, augenblicklich in Stllg., d. poln. Spr. i. Wort u. Schrift mächt. ist, **sucht** von sof. od. spät. and. passende **Stellung** in einer größ. Stadt geg. fl. Vergütigung. Meld. unter **D. 8301** an die Geschäftsst. d. Z. erb.

Suche zum 1. Oktober evtl. später
Dauerstellung
als landwirtschaftl. Beamter, wo spätere Verheirat. gestatt. wird. Bin 38 Jahre a., evgl., poln. Staatsbürg. und mit allen ins Fach schlagend. Arbeiten vollkomm. vertraut. Gute Zeugn. stehen zur Verfügung. Gefl. Angeb. unter **P. 8303** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Junger Landwirt
26 J. alt, evgl., **sucht** ab sofort oder später **Stellung** in größerer Landwirtsch., auch als **selbständiger Wirt.** Familienanschluß erw. Zur Zeit als Wirtschafter in Stellung. Gefl. Offert. unt. **C. 3764** an d. Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Landwirt, 62 J., evgl., gesund u. sehr rüst., ohne poln. Sprachk., sucht bei bescheid. Anspr. Stelle a.
Hofverwalter
od. sonst. **Vertrauensstg.** Off. u. **B. 8327** a. d. G. d. Z.

Intelligent. Herr sucht
Vertrauensstellung
Sicherheit vorhanden. Gefl. Off. unt. **P. 3804** a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Tüchtiger Müller
mit all. ins Fach schlag. Arb. sowie Elektrolichtanlagen vertraut, führt a. kleine Rep. aus, **sucht Stellung** als alleiniger od. erster. Offert. unter **L. 3792** a. d. Gesch. d. Z.

Chauffeur
evgl., beid. Landesspr. in Wort u. Schr. mächt., 23 Jahre, militärfrei, **sucht** von sof. **Stellung.** Angeb. sind zu richten an **Ernst Großmann, Czarnków,** Rybaki 45. 8380

Fleischergeselle
evgl., **sucht** von sofort **Stellung.** Off. unt. **S. 8390** a. d. Geschst. d. Ztg.

Bäckergeselle
sucht sof. **Stellg.** Off. u. **M. 3796** a. d. Geschst. d. Z.

Tücht. Bäckergeselle
sucht sofort **Stellung.** Grunwaldzka 19, part. lks. 3747

Schmied
militärfrei, mit Hufbeschlagsprüfung, der selbständ. eine Schmied. führen kann, **sucht Stellung.** Gefl. Off. an **Alojzy Modernowski Strzelewo pow. Byd.**

Chauffeur u. Gärtner
sucht Stellung v. sof. od. später. Gute Zeugnisse vorh. Off. unt. **P. 3738** an die Geschäftsst. d. Z.

Ev. Hauslehrerin
sucht Stellung ab 1. 9. 1930. Gefl. Off. unter **M. 8372** an die Geschst. dieser Zeitung erbeten.

Jung., bess. **Fräulein sucht Stellung**
als Kinderfräulein od. Kindermädchen
vom 1. od. 15. Sept. ab. Gefl. Offert. u. **T. 8313** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Junges, geb. Mädchen v. Lande s. Stelle als
Haustochter
evtl. als Stütze, einige Kochkenntn. vorhand., von sofort oder später. Offerten unt. **K. 8367** an d. Geschst. d. Zeitg.

Stütze sucht Stellg.
vom 15. 8. od. 1. 9., erfahr. in allen Zweigen des Haushalts. Off. unter **K. 3805** a. d. Geschst. d. Z.

Offene Stellen

Jg. einf. Beamter
f. 700 Mrg. gr. Gut p. sof. bei bescheid. Anspr. ges. Zeugnisabschr. u. Gehaltsanspr. u. **G. 8360** an die Geschäftsstelle **A. Kriedte, Grudziądz.**

Für meine mittlere Rübenwirtschaft (Herdbuch) **Eleve**
von sofort gesucht. 8315
Broese, Rogówko,
Post Turzno.

Eleven
stellt ein 8411
Müller, Kitnowo,
poczta Boguszewo,
powiat Grudziądz.

Evgl. Lehrling
aus achtbarer Familie, deutsch u. poln. sprech., stellt v. 1. Sept. d. J. ein
Carl Gaekel
Fleischermeister 3793
Bydg., Grunwaldzka 18

Büfettfräulein
polnisch u. deutsch sprechend, sucht 8388
J. Wichert
(Alt-Bromberg).

Suche weg. Verheiratg. der jetzigen zum 1. 10. 30 eine bessere **Wirtin oder Wirtschaftsfräulein**
perf. in Küche u. Federviehhalt., Evgl., nicht über 40 Jahre. 8408
Fr. Amtsr. Heydemann, Rittergut Senslau b. Hohenstein (Danzig).

Suche von sofort oder später ein ält., erfahr.
Mädchen
das Kochen, Plätten u. sämtl. Hausarb. ausführen kann. Zeugnisabschr. u. Gehaltsanspr. erb. **Manzek,** Apothek.-Besitzer, **Łabiszyn** n. **Notecią.** 3797

Aelteres, solides, evgl. **Mädch.** f. Stadthaushalt z. 15. 8. od. 1. 9. gesucht. Offert. unt. **K. 3790** a. d. Gesch. d. Z.

An- u. Verkäufe

Haus mit 5 Morgen Land, geeign. für Handwerker, sofort **zu verkaufen.** Off. unter **N. 8383** an die Geschst. dies. Ztg. erb.

Grundstück
Nähe Graudenz, ca. 4 Mg. (gute Kuhwiese u. Gart.), z. verk. od. verp. d. **F. Goerz, Graudenz,** Rybacka 49, 2 Tr. 8402

Geschäftsgrundstück
im Werte bis 50 000 Zł. zu kaufen gesucht. Ausf. Angebote unt. **R. 8387** a. d. Geschst. d. Zeitg. erb.

Suche zwecks Kaufs mittlere Druckerei
Gefl. Offert. unt. **„M. T. 100"** PAR, Toruń, Szeroka 46. 8293

Zwei junge, zugfeste Pferde
verkauft 8401
Frau H. Schultz.
Dragasz, pow. Świecie.

Herrenzimmer
mit Klubgarnit. und and. Möbeln z. verkauf. Św. Jańska 21, Laden. 3803

Nähmaschinen
Syst. Singer u. andere, von 60—300 Zł., sowie
Möbel
kauft man am vorteilhaftesten bei 8397
J. Kuberek,
Śniadeckich 6a.

Sehr gut erhaltene **Kachelöfen**
günst. zu verk. **Behrend,** Gdańska 16/17, II. 3794

Im Auftrage
abzugeben
eine gebrauchte
Eis- u. Kühl-Maschine
mit kompl. Kühlsystem. Geeignet f. Fleischerei, Delikateßgesch., 3795 Konditoreien, Restaurationen usw.
Karl Hessenmüller,
Bydgoszcz. Tel. 379.

Gut erhalt., gebrauchsfertige
Rohrformen
mit Zubehör für 60er u. 70er Durchlaßröhren **zu kaufen gesucht.** Off. unter **T. 8409** an die Geschäftsst. d. Zeitg. erb.

Gurkenfässer zu verkaufen **Böttcherei Kujawska 12.** 3798

Pachtungen

Gutsjagd
1400 Morgen groß (600 Morgen Sumpf und Schonung), selten viel Wasserwild, 30 km von Bromberg, mehrfache Autobusverbindung, verpachte ab 1. 8. **Gutsbesitzer C. Schmekel, Wiskitno,** Kreis Bromberg, Post und Telefon Wierzchucin król. 1. 8369

Möbl. Zimmer

Gut möbl. Zimmer
(sep. Eing.) an besseren Herrn zu vermiet. 3763
Marszałka Focha 30.

---

1 od. 2 sonnig. möbliert. Zimmer sof. zu vermiet. 3766 **Grosse,** Zduny 17.

Gut möbliert. Zimmer an bess. Herrn z. verm. **Robel, Dworcowa 31 b.**

Möbl. Zimmer sof. zu verm. **Fredry 1,** II r. 3777

Möbl. Zimmer m. sep. Eingang zu vermieten. 3801 **Długa 8,** Hof, I.

Wohnungen

Gr. Parterre-Etage
6 Zim., p. sof. zu verm., nahe Długa. Offert. unt. **G. 3779** a. d. Geschst. d. Z.

Saison-Ausverkauf
Fast umsonst
verkaufen wir um zu räumen:

Kinderstrümpfe, Gr. 1—10,	früh.	1.75	jetzt	0.95
Damenstrümpfe, „Flor" .	„	1.95	„	0.95
Herrensocken	„	1.65	„	0.95
Kinder- u. Damenmützen	„	2.95	„	0.95
Matrosenmützen	„	3.50	„	1.95
Kinderschuhe	„	3.00	„	2.25
Kinderspangenschuhe . .	„	4.95	„	3.95
Kinderstiefel	„	5.95	„	4.95
Kinderjacken	„	4.95	„	2.95
Hemdhosen, „Seide" . .	„	8.75	„	5.95
Damenkleid, „Mousseline"	„	9.75	„	6.95
Damenstrümpfe, „Bemberg"	„	9.75	„	6.95
Kinderschuhe, „Lack" . .	„	10.50	„	8.95
Damen-Pullower, „Seide"	„	14.50	„	9.75
Damenblusen, „Trikotseide"	„	19.50	„	12.50
Damenkleid, „Waschseide"	„	29.50	„	14.50

Turnschuhe, „Gummibesatz"

35/41	28/34	20/27
4.95	3.95	2.95

8253

Besonders unter Preis!

Herrenkragen aller Art	früh.	1.35	jetzt	0.85
Herrenkrawatten . . .	„	1.50	„	0.85
Damenschlüpfer, Seide .	„	5.50	„	2.95
Damenstrümpfe, Waschseide	„	4.95	„	2.95
Damenstrohhüte . . .	„	9.75	„	3.95
Damenschuhe	„	12.50	„	5.95
Oberhemden	„	9.75	„	6.50
Damenschuhe, Boxcalf .	„	22.50	„	14.50
Damenschuhe, Lack . .	„	28.50	„	18.50
Damenschuhe, feinfarbig.	„	29.50	„	19.50
Herrenschuhe	„	29.50	„	19.50
Herrenschuhe, Lack . .	„	38.50	„	28.50
Damenmäntel, englisch .	„	48.50	„	28.50
Damenschuhe, Modelle .	„	42.50	„	29.50
Damenkleid, Crêpe de chine	„	78.50	„	38.50
Damenregenmantel, Seide	„	68.50	„	48.50
Damenmantel, Gabardin I.	„	98.50	„	48.50

Kein Postversand! Kein Umtausch!

Mercedes Sp. z o. o. **Mostowa 2.**



Für Export!
kaufe ältere starke
Arbeitspferde
auch unbrauchbare in gutem Futterzustande und bitte um Preisangabe. Angebote an die **Ann.-Exp. Holtzendorff.** Pomorska 5. 8398

Ponywagen
ein- u. zweispänn., preiswert zu **verkaufen.** 8381
Haase, Czarnków,
ul. Wileńska 49.

Trockene kieferne Bretter
in allen Stärken, 2- u. 3jähr. Ware, abzugeb.
C. Ohme, Kwiatki,
Pomorze. 8361

Ca. 350 Fm. kief. Langholz
frei Bahnhof Ostromecko oder frei Weichselablage gibt ab: 8357
Gräfl. Forstverwaltung Ostromecko



Personen-Dampferfahrten
nach Czersk Polski (Łęgnowo)
zur Regatta u. nach Brdyujście
Sonnabend, den 2. und Sonntag, den 3. August

am Sonnabend, den 2. August:
Abfahrt von Bydgoszcz 14.30 und 15.30
Rückfahrt ab Brdyujście 19.00 8406
ab Czersk Polski (Łęgnowo) 19.10

am Sonntag, den 3. August:
Abfahrt von Bydgoszcz: 8.30, 11.00, 12.00, 13.00, 14.00, 15.00, 15.45 und 16.30
Rückfahrt ab Brdyujście: 11.00, 12.15, 13.15, 14.15 und 20.30
Rückfahrt ab Łęgnowo: 11,10, 12.25, 13.25, 14.25, 16.00, 17.00, 18.00, 19.00, 20.00, 20.30, 21.00.

Zwischendurch Dampfer nach Bedarf.
Die Dampfer, die in der Zeit von 13.30 bis 16.30 ab Bydgoszcz abfahren, fahren der Regatta wegen **nur** bis Czersk Polski (Łęgnowo).

Lloyd Bydgoski T. A.

Bäder und Kurorte

Waldaufenthalt m. g. Verpfl. find. Erholungsbedürft. Nähe Gdingen. Pension 8-9 zł p. Tag. Ang. u. **H. 8251** a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Borzechowo, pow. Starogard
idyllisch gelegener Erholungsort, zwischen Wäldern und Seen, in reizender Lage, vorzügliche Verpflegung, 20 Zimmer, elektr. Licht. — Voller Pensionspreis 8 Złoty.
Fernruf Zblewo 8. **G. Steiniger,**
Borzechowo, powiat Starogard. 8133

Bilz Sanatorium
Dresden-Radebeul
2 Ärzte - Broschüre frei
Frauen-, Nerven-, Herz-, Stoffwechselkrankh.

Heilbad für Rheuma, Gicht, Ischias, Nerven-, Haut- und Frauenleiden
Warmbrunn
im Riesengebirge.
Thermal- u. Moorbad.
Ganzjährige Kurzeit.
Prospekt durch die Badeverwaltung und Reisebüros. 5089